

# ROBIN WOOD

magazin

## CHANCE

## REGIONALES

## GELD

Aufgedeckt:  
RAUBBAUHOLZ  
BEI METRO

Unterschreiben!  
FÜR DIE LETZTEN  
NATURWÄLDER  
SCHWEDENS

Mitmachen:  
WIDERSTAND  
GEGEN  
KOHLEKRAFT

Heftmitte:  
ROBIN WOOD-  
JAHRESBERICHT  
2014

Machen Sie mit  
und gewinnen Sie  
drei DVD des Films:  
Was bin ich wert?  
Seite 41







Foto: ROBIN WOOD/U. Bertrand

Seite 6

## tropenwald

- 6 Aufgedeckt: Raubbauholz bei GALERIA Kaufhof, real,- und METRO CC

## wald

Die letzten Naturwälder Schwedens: 10  
ROBIN WOOD fordert Einschlagmoratorium

Seite 10



Foto: Frédéric Forsmark



Foto: Alexander Schäfer - schaeferweltweit.de

Seite 16

## verkehr

- 16 Grube verabschiedet sich vom Brot- und Buttergeschäft: Alternativer Geschäftsbericht DB AG 2014 und neues Fernverkehrskonzept
- 19 Tag X für ein U vormachen: Was hat die Y-Trasse mit Gorleben zu tun?

## tatorte

- 20 Hamburg: Himmel nochmal, 4.251 Unterschriften übergeben
- 20 Berlin: Butterstullen für Bahnchef Grube





Foto: ROBIN WOOD

Seite 21

## tatorte

- 21 Hamburg: Druck auf Hapag Lloyd wächst, Atomtransporte stoppen
- 24 Stuttgart: Atommüll in Kochtöpfen?
- 24 Stralsund: Protest gegen Lubmin-Castor vor Gericht
- 25 Berlin: Fracking – Kein Gift in die Erde!

## energie

- 26 Rein in die Grube, raus aus der Kohle?
- 29 Bewegung gegen Kohle – Terminübersicht
- 29 Philip Bedall: Neuer Energiereferent
- 30 TTIP gegen Klimaschutz
- 32 Stromspeicher statt Stromtrassen

## titel

Regionales Geld 34

Seite 34



Heftmitte



Foto: R. Neugebauer/visual-rebellion

## internes

- 40 Jugendseite: WASSERLEBEN
- 41 Impressum
- 43 Fördererforum: Sind wir die Windradlobby?
- Heftmitte ROBIN WOOD Jahresbericht 2014

- 41 Film: Gewinnen Sie den Film „Was bin ich wert“





Foto: Sabine Haertel

Die ROBIN WOOD-  
Magazinredaktion:  
Bücher tauschen  
statt kaufen

# Liebe Leserinnen und Leser!

Der Chiemgauer ist die erfolgreichste **Regionalwährung** in Deutschland und wurde 2002 von SchülerInnen ins Leben gerufen. Mittlerweile sind 840.000 Chiemgauer im Umlauf, die von mehr als 600 Unternehmen als Bezahlung akzeptiert werden – eine Erfolgsgeschichte.

Alternative Währungen gibt es eine ganze Reihe: dazu gehören Busgutscheine für korrektes Mülltrennen in Brasilien, Zeitbanken in Japan oder das Tauschen von Krediten in der Schweiz. Mehr dazu lesen Sie ab Seite 34 in der Titelgeschichte dieser Ausgabe.

Ein Marktcheck von ROBIN WOOD hat es ans Licht gebracht: Immer noch gelangt aus den Tropen **Holz bedrohter Baumarten** auf die Ladentische. Vor allem in Geschäften der METRO Gruppe wurden wir fündig. Dabei hatte sich das Unternehmen in der Vergangenheit verpflichtet auf Holz aus Raubbauwirtschaft zu verzichten.

So seilten sich ROBIN WOOD-Aktive an der Fassade eines Geschäfts der Unternehmensgruppe ab. Zwei Stunden mussten sie sich gedulden, bis die Verantwortlichen bereit waren, die umstrittenen Produkte aus dem Sortiment zu nehmen und sich mit ROBIN WOOD an den Verhandlungstisch zu setzen. Mehr dazu lesen Sie ab Seite 6.

Mit Ihrer Hilfe möchte ROBIN WOOD Druck in Schweden machen, denn dort ist es noch immer an der Tagesordnung selten gewordene Naturwälder kahl zu schlagen. Aus keinem

anderen Land importieren wir so viel Holz- und Papierprodukte wie aus Schweden. ROBIN WOOD fordert ein **Einschlag-Moratorium** für alle schutzwürdigen Wälder, die so wichtig für den Erhalt der Artenvielfalt sind. Ab Seite 10 zeigen wir Ihnen Bilder von der gängigen Kahlschlagpraxis in Schweden. Bitte unterstützen Sie unsere Kampagne mit Ihrer Unterschrift und einer Spende. Diesem Heft liegt eine Unterschriftenliste bei. Sie können aber gerne in unserer Bundesgeschäftsstelle weitere Listen bestellen (info@robinwood.de, Tel.: 0421 598288). Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Aktiv werden können Sie in diesem Sommer auch gegen die Kohlepolitik unserer Regierung und gegen die Kohlelobby. Unter dem Motto: „Ende Gelände - Kohlebagger stoppen, Klima schützen“ ruft ein breites **Anti-Kohle-Bündnis** für Mitte August zu einer Tagebau-Besetzung im Rheinland auf. Mehr zum Thema erfahren Sie ab Seite 26, eine Übersicht über die wichtigsten Termine der Bewegung gegen Kohle finden Sie auf Seite 29.

Bleiben Sie aktiv!  
Umweltfreundliche Grüße  
von der Magazin-Redaktion  
Ihre

*Christiane Weitzel*





Foto: Cécile Lecomte

Hamburg, 23. Februar 2015: Schluss mit Raubbauholz fordern die Aktiven von ROBIN WOOD vor Galeria Kaufhof





Foto: ROBIN WOOD/Ute Bertrand

23.2.2015: Spektakulärer Protest bei GALERIA Kaufhof in Hamburg

## Aufgedeckt!

# Raubbauholz bei GALERIA Kaufhof, real,- und METRO CC

Ein Marktcheck von ROBIN WOOD belegt: Die METRO Gruppe verkaufte in ihren Geschäften (GALERIA Kaufhof, real,- und METRO CC) entgegen einer früheren Selbstverpflichtung Raubbauholz-Produkte von gefährdeten Tropenhölzern. Mit einer Kletteraktion und einer Presse-kampagne hat ROBIN WOOD dies öffentlich gemacht und die METRO-Gruppe an den Verhandlungstisch gezwungen.

*Hamburg, 23. Februar 2015:* Es hatte gerade aufgehört zu regnen, als an diesem trüben Hamburger Wintermorgen im fünften Stock des Kaufhof-Gebäudes die Fenster aufgingen und zwei mit dicken Rucksäcken beladene ROBIN WOOD-AktivistInnen begannen, sich an der Fassade abzuseilen. Es erforderte 30 Minuten harter Arbeit, bis endlich das große Banner mit der Aufschrift: „Schluss mit Raubbauholz bei GALERIA Kaufhof“ entrollt war. Viele Passan-

tnnen blieben stehen und ließen sich darüber informieren, in welchen Kaufhof-Produkten ROBIN WOOD Raubbauholz aus den afrikanischen Tropen aufgespürt hatte.

In den Wochen vor der Aktion hatten wir auf der Suche nach illegalen Tropenhölzern bei GALERIA Kaufhof, real,- und METRO CC, alles Geschäfte der METRO-Gruppe, verschiedene holzhaltige Produkte eingekauft und von einem Ex-

perten des Thünen-Instituts begutachten lassen. In fast allen für uns verdächtig aussehenden Produkten wurde Tropenholz gefunden. Wir hatten eigentlich damit gerechnet, vor allem südostasiatische und lateinamerikanische Hölzer zu finden. Aber die Analysen brachten eine Überraschung. Die verwendeten Tropenhölzer stammen allesamt von Baumarten aus dem tropischen Afrika – einer krisenreichen Region, in der nach Schätzungen von Interpol zwischen 50 und 90



Prozent der Holzernte illegal geschlagen wird. Die von uns gefundenen Holzarten stammen darüber hinaus alle von durch Übernutzung gefährdeten Baumarten und stehen bis auf eine Ausnahme auf der Roten Liste.

Nun wollten wir es genauer wissen und baten die entsprechenden Hersteller bzw. Händler die unbedenkliche Herkunft der Hölzer zu belegen. Zu unserer großen Sorge konnte aber kein einziger Hersteller die entsprechenden Papiere vorlegen. Die meisten konnten noch nicht einmal die Art der Hölzer richtig benennen. Wir beschlossen die METRO mit unseren Ergebnissen zu konfrontieren und wählten GALERIA Kaufhof als Ort unseres Protests, weil wir dort die meisten Produkte gefunden hatten. Eigentlich hatte sich die METRO-Gruppe bereits 1999 nach Protesten von ROBIN WOOD dazu verpflichtet nur noch FSC-zertifizierte Tropenhölzer einzusetzen. Entgegen dieser Selbstverpflichtung stammte nun jedoch keines der von uns entdeckten Tropenhölzer aus zertifiziertem nachhaltigem Anbau. Ein klarer Wortbruch also. Schlimmer noch: unsere Stichproben zeigten, dass auch Tropenholz ohne jeglichen Nachweis der legalen Herkunft ungehindert in die Ladenregale der METRO gelangte.

Zu den von uns aufgespürten Produkten zählten Messer, Brettchen und Fonduetöpfe der Firma Boska, Schachspiele der Firma Philos, eine Pfeffermühle von WMF, Tischtennisschläger mit dem Namen Donic Schildkröt sowie Küchengeräte des Haushaltswarenherstellers Fackelmann.

Kein einziger dieser Hersteller konnte lückenlos und schlüssig nachweisen, dass sein Holz aus legalem Holzeinschlag stammte. Philos, Fackelmann und der Tischtennisschlägerhersteller behaupteten sogar zunächst generell kein Tropenholz zu verwenden. Meist erhielten wir von den Herstellern nichtsagende Schiffsdokumente, die in keiner Weise die legale Herkunft belegten und die zum Teil noch nicht einmal zur gefundenen Holzart passten. Oder wir bekamen Dokumente von Zertifizierern vorgelegt, die in keinem Zusammenhang zum Produkt standen.

*Mit dem Mikroskop konnte ROBIN WOOD belegen, dass in verschiedenen Produkten der METRO Gruppe Holz gefährdeter Tropenbäume verwendet wurde, hier Bubinga-Holz*



### Hersteller geben sich ahnungslos

Gesetzt den Fall, wir glauben den Herstellern, dass ihnen an einer ehrlichen Aufklärung gelegen ist, müssen wir ihnen zumindest höchst unprofessionelles und auch naives Vorgehen vorwerfen. Beispiel Fackelmann: Auch nach Vorlage der amtlichen Analyseergebnisse, die eindeutig den Einsatz von afrikanischen Sapeli und Sipo belegen, hielt der Haushaltswarenhersteller hartnäckig an seiner Aussage fest, nur chinesisches „Kelong“-Holz zu verwenden. Eine Holzart, die selbst dem renommierten Thünen-Institut für Holzforschung noch nie begegnet war. „Wir können uns die Ergebnisse der Holzanalyse nicht erklären“, hieß es in einer Stellungnahme des chinesischen Lieferanten, der Fackelmann offensicht-

lich mehr Glauben schenkte als den Analysen des Thünen-Instituts, die die Holzarten zweifelsfrei mit Hilfe von Vergleichsproben identifiziert hatten. Wir erhielten von Fackelmann sogar ein Paket mit angeblichen Kelong-Proben, die sich nach einer Analyse im Thünen-Institut wenig überraschend als afrikanisches Sapeli herausstellten.

Andere Hersteller zeigten sich zumindest lernwilliger. WMF zum Beispiel hat direkt nach unserer Anfrage das Produkt still und heimlich aus dem Sortiment genommen und will jetzt nur noch Eichenholz dafür verwenden. Und der Sportartikelhersteller MTS hat uns versprochen, künftig den Einsatz „unbedenklicher“ Hölzer zu garantieren und nur noch Linde und Pappel einzusetzen.

*Der Protest von ROBIN WOOD vor der Filiale in Hamburg hat die Verantwortlichen von METRO an den Verhandlungstisch gebracht*



Foto: Cécile Lecomte





Foto: Global Witness/Reiner Tagtmeyer

*Dieser 400 Jahre alte gigantische Bubinga-Stamm wurde in Kamerun unter höchst fragwürdigen Umständen eingeschlagen. Bis endlich ein wirksamer gesetzlicher Schutz für diese Baumriesen umgesetzt wird, ist es wichtig, dass die VerbraucherInnen auf FSC-zertifizierte Holz- und Papierprodukte, möglichst von einheimischen Baumarten, ausweichen*

Die ROBIN WOOD-AktivistInnen mussten knapp zwei Stunden an der Kaufhof-Fassade ausharren, ehe die Verantwortlichen bei GALERIA Kaufhof und der METRO-Group auf unsere Forderungen eingingen und sich bereit erklärten mit uns zu verhandeln und Produkte aus dem Verkauf zu nehmen. Unser Ziel ist nun, die Einkaufsrichtlinien der METRO-Group, mit allein rund 110.000 Beschäftigten in Deutschland, so zu formulieren, dass künftig nur noch Holz- und Papierprodukte angeboten werden, deren legale sowie sozial und ökologisch akzeptable Herkunft nachweislich gesichert ist. Inzwischen stehen wir mit der METRO und GALERIA Kaufhof in Verhandlungen. Die ersten Gespräche zeigen, dass diese Aufgabe nicht einfach ist, aber die Verantwortlichen bei der METRO haben verstanden, dass wir nicht locker lassen werden.

Der Raubbau der Wälder ist eines der drängendsten globalen Umweltprobleme. Noch immer werden etwa 30

Prozent des weltweit gehandelten Holzes illegal geschlagen. In manchen Regionen sogar bis zu 90 Prozent. Die letzten Primärwälder dieser Erde schrumpfen in dramatischem Tempo: mit katastrophalen Auswirkungen auf die Biodiversität und unser Klima.

### Herkunftsländer bluten finanziell aus

Neben der Natur leidet vor allem die lokale Bevölkerung, darunter indigene Völker wie zum Beispiel die Baka-Pygmäen im Kongo-becken, die sich durch Jagen, Sammeln oder Holznutzung vom Wald ernähren. Für sie sind die Wälder von erheblicher kultureller und wirtschaftlicher Bedeutung. Die Menschen werden von ihrem Land vertrieben, ungeachtet internationaler Gesetze und Abkommen, die die Stammesgebiete eigentlich schützen sollen. Auf der anderen Seite lässt der illegale Holzeinschlag die betroffenen Länder finanziell ausbluten. Während die Gewinne aus den illegalen Geschäften nur

einigen wenigen Nutznießern zugute kommen, müssen die negativen Folgen von der gesamten Bevölkerung getragen werden. Das illegal geschlagene Holz wird mit gefälschten Dokumenten außer Landes geschmuggelt und Steuern und Abgaben so unterschlagen. Die Länder verlieren Einnahmen, die dringend benötigt werden. Zudem fließen in Afrika die Erlöse aus dem illegalen Holzhandel immer wieder in die Finanzierung von Bürgerkriegen und Waffenkäufen.

Wie kann es sein, dass Holz von fraglicher Legalität noch immer ohne jegliche gesetzliche Kontrolle und Dokumentationspflicht der Händler in den Einzelhandel gelangt? Die EU-Holzhandelsverordnung (EUTR), die vor zwei Jahren in Kraft trat, sollte eigentlich sicherstellen, dass kein illegales Holz in der EU auf den Markt kommt. Tatsächlich hat diese Verordnung jedoch große Schlupflöcher, so dass nach wie vor illegales Holz nach Europa gelangt. Die EUTR geht dieses Jahr in eine Revi-



sion und muss dringend nachgebessert werden. Viele Holzprodukte fallen erst gar nicht unter die Verordnung. Die Liste der „vergessenen“ Holzprodukte ist lang: Musikinstrumente, Sitzmöbel, Holzkohle, Sportgeräte, Spiele, Werkzeuge, Waren aus dem Küchenbereich sowie Bücher und andere verarbeitete Papierprodukte. Für all diese Produkte müssen die Hersteller und Händler noch immer keinerlei Nachweise für deren legalen Ursprung erbringen. Illegales Tropenholz kann aber auch über verschiedene EU-Länder unkontrolliert eingeführt werden. Denn selbst zwei Jahre nach Inkrafttreten haben noch nicht alle Länder die EU-Verordnung vollständig umgesetzt. Dazu gehören z.B. Spanien, Polen, Ungarn und Griechenland. Die dortigen Behörden haben bislang kaum eine rechtliche Handhabe für Kontrollen, Beschlagnahmungen und Verfolgung. In Deutschland ist die EU-Verordnung mit dem Holzhandels-Sicherungsgesetz in nationales Recht umgesetzt. Aber auch hier sind die Regelungen insbesondere zur Strafbarkeit von Verstößen viel

zu lasch. So ist selbst der vorsätzliche Import von illegalem Holz lediglich eine Ordnungswidrigkeit. Erst wenn jemand seine Verstöße „beharrlich wiederholt“, kann dies als Straftat geahndet werden. Abschreckung sieht anders aus. Die Vorgaben sind außerdem häufig zu ungenau, so dass Hinweise von Umweltverbänden oft nicht weiterverfolgt wurden.

## Illegales Holz gelangt immer noch nach Europa

Diese EU-Holzhandelsverordnung ist damit nur ein erster und bislang leider noch sehr enttäuschender Schritt auf dem Weg zum Schutz der noch vorhandenen intakten Wälder. In der öffentlichen Diskussion um die EUTR geht leider auch viel zu oft unter, dass Wälder in vielen Ländern ganz legal durch Rodung und Umwandlung in Plantagen zerstört werden. Auch der Handel mit Holz von bedrohten Baumarten ist, sofern sie nicht auf der CITES-Liste stehen, weiterhin legal. Wir brauchen deshalb zusätzlich verbindliche Regelungen, die den

Import von Hölzern und Holzprodukten an ökologische Mindeststandards binden. Auch bleibt nach wie vor offen, wie zuverlässig sichergestellt werden kann, dass das Holz tatsächlich aus legalen Quellen stammt. Die EU will mit den Herkunftsländern Partnerschaftsabkommen abschließen. Solange aber in vielen dieser Staaten keine Rechtsstaatlichkeit herrscht, sind solche Vereinbarungen und daraus resultierende Legalitätsnachweise kritisch zu sehen.

Solange wir keinen ausreichenden Gesetzesrahmen haben und der Einzelhandel seine Kontrollfunktion nicht erfüllt, bleibt den VerbraucherInnen, die Raubbauholz vermeiden wollen, nur die Möglichkeit auf FSC-zertifizierte Holz- und Papierprodukte, möglichst von einheimischen Baumarten auszuweichen. Erkennen und damit vermeiden können sie brisantes Holz beim Einkauf nach wie vor nicht. Wir fordern daher, dass Holzart und Herkunft auf dem Produkt ausgewiesen werden müssen.


Tina Lutz, Hamburg  
tropenwald@robinwood.de



# Die beste Zukunftsanlage ist die soziale Gerechtigkeit.

Übliche Geldanlagen ziehen ihre Rendite aus Ausbeutung und Ungerechtigkeit. Zerschlagung der sozialen Netze, Privatisierung der Daseinsfürsorge für die Profite der Ultra-Reichen. ProSolidar verzichtet auf Rendite. Und finanziert stattdessen Einsatz für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Frieden sowie für Konzernkritik.

Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

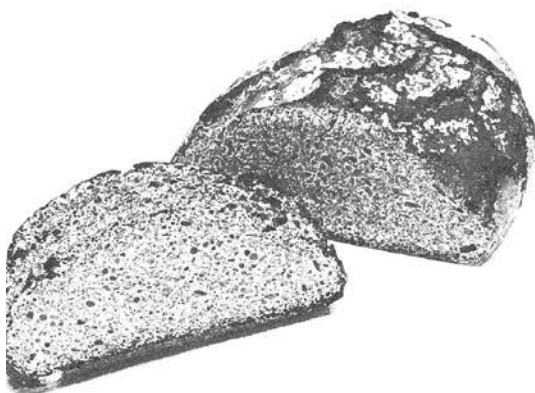
- ☐ Bitte schickt mir kostenlos und unverbindlich weitere Informationen.  
Ja, ich zeichne eine Einlage bei ProSolidar
- ☐ Festeinlage (ab 500 Euro) ..... Euro
- ☐ Spareinlage (mind. 20 Euro/mtl.) ..... Euro
-  Fördern Sie das kostenlose Anlagenmanagement

**Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)**

Name, Vorname	Alter	Beruf
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort	
Mail	Telefon	
Geldinstitut	Bankleitzahl bzw. BIC	
Konto-Nr. bzw. IBAN	Datum, Unterschrift	

Bitte ausschneiden und zurücksenden an: ProSolidar / Schweidnitzer Str. 41 / 40231 Düsseldorf  
Tel. 0211 - 26 11 210 / Fax 0211 - 26 11 220 / Mail [info@ProSolidar.net](mailto:info@ProSolidar.net) / [www.ProSolidar.net](http://www.ProSolidar.net)

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Gläubiger-ID: DE08PRO00000729847





# Die letzten Naturwälder Schwedens

## ROBIN WOOD fordert Einschlag-Moratorium

*Bis zum Jahr 2020 will Schweden sichergestellt haben, dass mindestens 17 Prozent all seiner verschiedenen Wald-Ökosysteme zum Schutz der Biodiversität auf Dauer erhalten bleiben. Fragt sich allerdings, was da wohl geschützt werden soll. Denn es gibt nur noch etwa zehn Prozent ursprüngliche oder zumindest naturnah erhaltene Waldgebiete inmitten der endlosen, monotonen Industrieforste. Doch selbst diese Überbleibsel an Naturwaldbeständen sind nicht vollständig geschützt. Und so werden Jahr für Jahr auch diese allerletzten Rückzugsgebiete für die stark bedrohte Waldnatur kahlgeschlagen. Drei Beispiele aus den letzten Jahren werden auf den folgenden Seiten gezeigt. ROBIN WOOD fordert daher einen sofortigen Einschlagstopp in diesen Wäldern. Unterstützen Sie uns dabei!*



# Smekmyrtjärn: Provinz Dalarna ...

VORHER

Foto: Olli Manninen

NACHHER

... kahlgeschlagen von Sveaskog

Foto: Hans Sundström





# Råstensberget

Provinz Västernorrland ...

VORHER

*Fotos: Hans Sundström*



NACHHER

... kahlgeschlagen von SCA



# Öjberget

Provinz Jämtland ...

VORHER

Foto: Olli Manninen

NACHHER

Foto: Malin Sahlin

... kahlgeschlagen von Bergvik/Stora Enso



## ROBIN WOOD-Briefaktion zum Schutz der letzten naturnahen Waldgebiete Schwedens. Helfen Sie mit!

Schweden, das Land, aus dem Deutschland den größten Batzen an Waldprodukten wie Holz, Zellstoff und Papier importiert, hat in den vergangenen Jahrzehnten seine Wälder übernutzt – ökologisch sowieso, aber auch ökonomisch.

Es begann in den 1950er Jahren, als die großflächigen Kahlschläge in den schwedischen Wirtschaftswäldern zur Standardmethode in der Holzernte avancierten. Die schwedische Landschaft hat sich in diesen sechs Jahrzehnten fast vollständig in monotone, mit gleichaltrigen Bäumen bestandene Holzproduktionsflächen gewandelt. Höchst effektiv bewirtschaftet, ökonomisch erfolgreich. Doch die Ursprünglichkeit der Wälder und damit auch die Artenvielfalt blieben auf der Strecke. Auf der Roten Liste Schwedens stehen derzeit insgesamt 4.127 Tier- und Pflanzenarten. Etwa die Hälfte davon, genauer 2.131, sind Arten, die in Wäldern leben. 1.787 dieser gefährdeten und bedrohten Arten können ausschließlich in naturnah gebliebenen Wäldern überleben.

Diese Großkahlschlagerei war aber nicht nur von tödlicher Effektivität für die biologische Vielfalt in Schwedens Wäldern. Sie erfolgte auch viel zu rasant. Nach diesen sechs Jahrzehnten sind nur noch etwa zehn Prozent der ökonomisch profitablen

Waldflächen in Schweden von der Kahlschlagwirtschaft verschont geblieben. Zu wenig – denn die Monokulturen, die auf den Kahlschlagflächen nachwuchsen, sind heute ja bestenfalls sechzig Jahre alt und damit noch nicht erntereif. Deshalb gieren die Waldbesitzer nun auf diesen letzten Rest an Waldflächen, die sich noch in einem ursprünglichen oder zumindest halbwegs natürlichen Zustand befinden. Weniger als die Hälfte dieser naturnahen „Inseln“ im schier endlosen „Meer“ der monotonen Wirtschaftswälder stehen unter staatlichem Schutz. Die übrigen Naturwaldreste können weiterhin kahlgeschlagen werden. Es sei denn – was allerdings eher selten passiert – der Waldbesitzer wird staatlicherseits für den Verzicht auf die Holzernte entsprechend entschädigt.

Die großen schwedischen Forstkonzerne, allesamt zwecks Öko-Image FSC-zertifiziert, könnten da einen guten Beitrag zum Erhalt dieser schutzwürdigen Waldgebiete leisten. Denn mit der Zertifizierung nach dem Reglement des schwedischen FSC haben sie sich verpflichtet, solche naturnahen Waldflächen auch ohne staatliche Kompensation zu erhalten. Doch diese mächtigen Konzerne – sie bewirtschaften immerhin fast die Hälfte der schwedischen Wälder – haben in den vergangenen Jahren immer wieder auch solche schützenswerten

*Die seit Jahrzehnten praktizierte Kahlschlagwirtschaft ist schuld an den hohen Verlusten der biologischen Vielfalt in Schwedens Wäldern*



Foto: Frédéric Forsmark



Waldgebiete eingeschlagen. Die Liste von Verstößen gegen die FSC-Kriterien – dokumentiert vom größten schwedischen Naturschutzverband Naturskyddsförningen – ist lang. Und es ist zu vermuten, dass noch weit mehr solcher wertvoller Waldhabitate in den letzten Jahren verschwunden sind – völlig unbemerkt von FSC-Kontrollen und Naturschutzverbänden. Denn diese Waldgebiete sind noch längst nicht alle erfasst und kartiert. Da können, insbesondere in der dünn besiedelten Nordhälfte Schwedens, Naturschutzvorgaben oft genug risikofrei ignoriert werden.

Ein anderer Dreh, wie zertifizierte Konzerne ihre naturnahen und daher zu erhaltenden Waldgebiete trotzdem zu Geld machen können: Sie verkaufen einfach solche Waldgebiete an nicht-zertifizierte Unternehmen. Und die können dann ja ungestraft diesen naturnahen Wald entweder abholzen oder staatliche Kompensationen dafür kassieren.

Auch Schweden hat sich 2010 im japanischen Nagoya auf der Vertragsstaatenkonferenz zur Biologischen Vielfalt das Ziel gesetzt, bis 2020 mindestens 17 Prozent all seiner Land-Ökosysteme unter Schutz zu stellen. Schweden hat sogar noch was draufgelegt und will von seinen Wald-Ökosystemen 20 Prozent schützen.

Die Zielsetzung von Nagoya besagt ausdrücklich, dass die 17-Prozent-Marke für alle Landökosysteme zu gelten hat. Es würde also nicht genügen, nur die für die Forstwirtschaft uninteressanten Wälder unter Schutz zu stellen, also die hoch gelegenen Bergwälder, die Grenzwälder ganz im Norden zur Tundra hin oder die Waldgebiete, die an zu nassen oder zu trockenen Standorten stehen. Geschützt und erhalten werden müssen auch 17 Prozent aller Formen der wirtschaftlich lukrativen Fichten-, Kiefern- und Laubmischwald-Ökosysteme Schwedens. Doch davon gibt es heute bestenfalls nur noch etwa zehn Prozent in einem halbwegs naturnahen Zustand.

Wenn Schweden also seine Ankündigung von Nagoya wirklich ernst nimmt, dann darf es nicht sein, dass die Kahlschläge in den eh schon zu wenigen noch vorhanden naturnahen Waldgebieten immer noch weiter gehen. Der allerdringendste erste Schritt in der Waldpolitik der erst kürzlich gewählten Regierung aus Sozialisten und Grünen wäre daher der sofortige Einschlag-Stopp in all diesen Waldgebieten. Doch davon ist in Stockholm bislang nicht die Rede.



Foto: Hans Sundström

Die Wolfsflechte *Letharia vulpina* wächst auf rohem, durch Feuer abgestorbenem Stammholz

Die Norne *Calypso bulbosa* ist eine Orchideenart der nördlichen Wälder, die sehr empfindlich auf Störungen reagiert



Foto: Per-Erik Mukka

ROBIN WOOD fordert daher mit einer Unterschriftenaktion den für die Waldnutzung zuständigen Minister Sven-Erik Bucht auf, ein sofortiges Einschlag-Moratorium für alle noch vorhandenen schützenswerten, naturnahen Waldgebiete zu erlassen.

*Rudolf Fenner, Waldreferent, Hamburg*

Unterstützen Sie bitte unsere Aktion zum Schutz der letzten naturnahen schwedischen Wälder mit Ihrer Unterschrift und möglichst vielen weiteren Unterschriften aus Ihrem Bekanntenkreis

Diesem Magazin ist ein entsprechender Brief beigelegt. Weitere Unterschriftenlisten können Sie unter [www.robinwood.de/Schweden](http://www.robinwood.de/Schweden) herunterladen und ausdrucken. Wir senden Ihnen aber auch gerne per Post weitere Listen zu. Sagen Sie Bescheid per Telefon: 0421 598288, per E-Mail: [info@robinwood.de](mailto:info@robinwood.de) oder per Post: Langemarckstraße 210, 28199 Bremen. Im Internet unter [www.robinwood.de/Schweden](http://www.robinwood.de/Schweden) finden Sie auch eine gleichlautende Online-Unterschriftenaktion und ausführliche Hintergrundinformationen. So können Sie ganz einfach diese Aktion über Ihre Mail-Listen und Netzwerke weiter versenden.

Je mehr Unterschriften zusammenkommen, um so näher kommen wir dem Ziel, dass endlich die Holz- und Papierprodukte aus Schweden frei sind von Naturwaldzerstörungen. **Herzlichen Dank!**





Fotos: Alexander Schäfer - schaeferweltweit.de

Voll war der Stuttgarter Schlossplatz bei der 265. Montagsdemo am 26. März 2015. Sie stand unter dem Motto "Gute Bahn statt Tunnelwahn".



# Grube verabschiedet sich vom Brot- und Buttergeschäft

## Alternativer Geschäftsbericht DB AG 2014 und neues Fernverkehrskonzept

Monika Lege, ROBIN WOOD: „Am 19. März 2015 hat Rüdiger Grube die Bilanz der Deutschen Bahn AG für das Geschäftsjahr 2014 vorgelegt. Es ist die 21. Bilanz seit der Umwandlung von Bundesbahn und Reichsbahn in die privatrechtlich organisierte DB AG.

Unser Bündnis Bahn für Alle hat am gleichen Tag den 8. Alternativen Geschäftsbericht der DB AG veröffentlicht. Bernhard Knierim, Winfried Wolf und ich dröseln Jahr für Jahr die angeblichen Gewinne des zu 100 Prozent in Bundesbesitz befindlichen Unternehmens auf und speisen sie in die Berichterstattung über die angeblichen Erfolge der DB ein. Treffender hieße das Unternehmen „Deutsche Nicht-Bahn AG“.

Denn es herrscht ein krasses Ungleichgewicht zwischen den Unternehmensteilen, aus denen die DB AG ganz überwiegend ihren Gewinn zieht, und den Unternehmensteilen, in denen die DB AG ihren Hauptumsatz macht. Im Geschäftsjahr

2014 machte die DB AG mehr als die Hälfte ihres Außenumsatzes NICHT auf der Schiene, sondern mit LKW und Luftfracht als Schenker Logistics sowie mit Bussen. Die Busse fahren in 14 europäischen Ländern unter dem Logo des größten Shopaholic-Hang-Overs in der Geschichte der DB AG, der Arriva. Grube hatte das britische Unternehmen 2010 für fast drei Milliarden Euro aufgekauft. Schenker Logistics und Arriva machten 2014 zusammen 19,4 Milliarden Euro Umsatz. Das übersteigt die Außenumsätze im Schienenverkehr in Höhe von 18,7 Milliarden Euro aus den Unternehmensteilen DB Netze Fahrweg und Personenbahnhöfe, DB Bahn Fernverkehr und Regio sowie DB Schenker Rail. Rüdiger Grube trat 2009 die Nachfolge von Hartmut Mehdorn an. Der musste

wegen großflächiger Bespitzelung von Mitarbeiter\_innen und gekaufter Privatisierungsbefürworter\_innen gehen. Mehdorn bekam den goldenen Handschlag und Rüdiger Grube versprach: „Meine wichtigste Aufgabe ist es, das Brot- und Buttergeschäft der Bahn wieder in Ordnung zu bringen.“

Tatsächlich hat Grube Mehdorns internationalen Expansionskurs mit dem Kauf von Arriva in den Schatten gestellt und mit der Bilanz 2014 die Schiene zum Nebenerwerbsbetrieb der DB erklärt. Weil Grube sein populäres Versprechen bricht, haben Aktive von Bahn für Alle und ROBIN WOOD am 19. März in Berlin Butterstullen an die von der DB zur Bilanzpressekonferenz geladenen Journalist\_innen verteilt.

Bei den Gewinnen der DB AG ist die Verteilung auf die verschiedenen Unternehmensbereiche vollkommen anders als beim Umsatz. 1,645 Milliarden

den Euro Gewinn zog die DB AG 2014 ausschließlich aus dem Netz und dem Nahverkehr. Rechnet man den Fernverkehr mit 212 Millionen Euro Gewinn noch dazu, ist der Gewinn aus Schienennetz und –personenverkehr mehr als dreimal so hoch wie aus all den Bussen, Lastern und Flugzeugen von Arriva und Schenker (597 Millionen Euro).

Aus knapp der Hälfte vom Umsatz zieht die DB AG drei Viertel ihrer Gewinne! Damit nicht genug: Die Gewinne aus den Netzen und dem Nahverkehr sind genauer betrachtet keine „Gewinne“. Sie sind zu einem großen Teil umetikettierte öffentliche Mittel für Infrastruktur und Nahverkehr. Der Bund zahlt Milliardenbeträge für Instandhaltung und Ausbau des Netzes. Den Nahverkehr bestel-



Monika Lege, Verkehrsreferentin von ROBIN WOOD war eingeladen, vor über tausend Menschen die Eröffnungsrede bei der 265 Montagsdemo in Stuttgart zur Bilanz der DB AG 2014 und zum neuen Fernverkehrskonzept zu halten

len die Länder und bezahlen ihn mit Regionalisierungsmitteln des Bundes. Nahverkehrsbetreiber verdienen ihr Geld nicht in erster Linie mit besonders vielen verkauften Fahrscheinen, sondern mit den Bestelltentgelten der Länder.

Die Berichterstattung über die insgesamt eher bescheidene Bilanz wurde in diesem Jahr überstrahlt von der „größten Kundenoffensive in der Geschichte der DB AG“, dem neuen Fernverkehrskonzept. Bahn für Alle hält ein Umsteuern im Fernverkehr weg von Hochgeschwindigkeitskorridoren und leistungsschwachen Protzbahnhöfen hin zu einem gut vertakteten Nah- und Fernverkehr auf der Schiene für dringend geboten. Der DB-Fernverkehrsvorstand Ulrich Homburg musste erst die Fernbus-Konkurrenz verschlafen, um nun zumindest auf der großen PR-Bühne in die Hufe



zu kommen. Er tat dies übrigens nicht in einem Nachtzug, denn dieses Verkehrsmittel hat er nach eigener Aussage noch nie benutzt.

Die DB will nun „Fernverkehrszüge im Nahverkehr einsetzen“ und „die Regionen wieder besser ans Fernverkehrsnetz anbinden“. Seit ihrer Gründung 1994 hat die DB AG mehr als 7000 Kilometer Schiene abgebaut, 120 Bahnhöfe geschlossen – den Stuttgarter Kopfbahnhof versucht sie derzeit noch zu versenken – und den Interregio ersatzlos gestrichen. Jetzt präsentiert sie einen Wiedergänger des Interregio als „das neue IC-Netz“. Was skeptisch macht: Das Modell setzt voraus, dass sich die Bundesländer

an der Finanzierung beteiligen. Das könnte noch mehr öffentliche Zuschüsse bedeuten.

Die Lastenteilung

zwischen Bund und Ländern soll Ronald Pofalla abklären.

Der ist laut Visitenkarte „Generalbevollmächtigter für politische und internationale Beziehungen Deutsche Bahn AG“. Vor zwei Jahren hat Pofalla von seinem damaligen Kanzleramtsminister-Telefon die Vertreter des Bundes im Aufsichtsrat der DB angerufen und sie mit sanftem

Druck überzeugt, einer über fünfzigprozentigen Erhöhung der Kosten für Stuttgart 21 auf 6,8 Milliarden Euro zuzustimmen. Das war, bevor er von diesem stressigen und schlecht dotierten Job zurück trat, um mehr Zeit für die Familiengründung (sic) zu haben.

Eines der Argumente gegen Stuttgart 21 ist, dass die hier versenkten Milliarden für das Bahnnetz in der Fläche fehlen und über kurz oder lang ALLE Bundesländer für den Kellerbahnhof zahlen werden. Vergangene Woche erhielt ein exklusiver Empfängerkreis politischer Entscheidungsträger Post von Pofalla.

Mit einem Edel-PR-Heftchen stellt er die

### „Nicht eine einzige Stadt wird neu an den Fernverkehr angeschlossen“

„Angebotsoffensive“ der DB im Fernverkehr vor und empfiehlt sich als Ansprechpartner.

Die DB AG verkauft ihr neues IC-Netz als „Quantensprung“: Die meisten Städte mit mehr als 100.000 Einwohner\_innen sollen im Zwei-Stunden-Takt ans Fernverkehrsnetz angeschlossen werden.

Kleingedruckt: Und zwar bis 2030. Also in den nächsten 15 Jahren! Nicht eine einzige Stadt wird neu an den Fernverkehr angeschlossen. Sie alle sind in den

letzten Jahren von der DB abgehängt worden. Erst beim letzten Fahrplanwechsel im Dezember 2014 schmiss die DB die Universitätsstadt Trier und die 240.000-Einwohner-Stadt Chemnitz an der Strecke von Nürnberg über Hof nach Dresden aus ihrem Fernverbindungsnetz. Nur vier Monate später verspricht sie, diesen Schritt innerhalb der nächsten 15 Jahre rückgängig zu machen. So spinnt man Stroh zu Gold.

Drei Tage nach Vorstellung der „größten Kundenoffensive in der Geschichte der DB AG“ fuhr ich mit dem ICE von Hannover nach Hamburg. Der hält in Tagesrandlage planmäßig in Uelzen. Uelzen hat zwar nur ein Drittel der geforderten 100.000 Einwohner\_innen, ist aber ein historischer Bahnknoten. Dort kann man im superschnellen DB-Fernverkehrsnetz aus dem Nord-Süd-ICE in den Ost-West-EuroCity umsteigen. Angesagt wurde der Halt noch, aber der Zug ist durchgefahren. Ich fürchte, mit der „Kundenoffensive“ verhält es sich ähnlich: Viel reden, das Gegenteil machen.“

Monika Lege, Hamburg  
verkehr@robinwood.de

Zur Bilanz der DB AG 2014 machte Monika Lege klar, dass die DB AG im vergangenen Jahr mehr als die Hälfte ihres Umsatzes nicht auf der Schiene, sondern mit den Flugzeugen und Lastern von DB Schenker Logistics und den Bussen von DB Arriva erzielt hatte. Im krassen Gegensatz dazu steht die Herkunft der Gewinne: Drei Viertel aller Gewinne zieht die DB aus Schienennetz und -personenverkehr!



Foto: Alexander Schäfer - schaeferweltweit.de



# Tag X für ein U vormachen

## Was hat die Y-Trasse mit Gorleben zu tun?

Die Y-Trasse ist das größte Verkehrsprojekt Niedersachsens. Die Bahnlinien von Hamburg und Bremen gen Süden sollen – wie ein Y vor Hannover zusammenlaufend – ausgebaut werden. Die bisherige Planung richtet sich am Hochgeschwindigkeits-Personenverkehr aus. Sie entspricht der Unternehmenspolitik der Deutschen Bahn AG, viel Geld in wenige Hochgeschwindigkeitskorridore zu stecken. Links und rechts davon vernachlässigt sie das Netz, vorne und hinten sind die Knoten überlastet. Umweltverbände fordern zudem, die Schienenanbindung der Seehäfen von Hamburg, Bremerhaven und Wilhelmshaven zum Leitziel der Planung zu machen, damit mehr der dort gelöschten Container auf der Schiene und nicht auf dem Laster ins Land rollen. Das dafür benötigte Y wäre stark ostlastig: Über sechzig Prozent der Container kommen aus Hamburg, nur 24 Prozent werden in Bremerhaven und vierzehn Prozent im Jade-Weser-Port umgeschlagen. Umweltverbände sehen im Ausbau bestehender Güterverkehrsstrecken eine Alternative zur Y-Trasse. Eine besondere Brisanz hat die Strecke Hamburg-Berlin.

### Castorstrecke oder S-Bahn für's Wendland

Eine der möglichen Verbindungen führt von Lüneburg quer durch's Wendland nach Wittenberge. Dazu würde die bestehende Strecke über Dahlenburg bis Dannenberg ausgebaut. Ab Dannenberg bis Dömitz und weiter nach Wittenberge würden still gelegte Trassen reaktiviert. Die vom Bahnplaner Rudolf Breimeier entwickelte Trassenführung ließ der niedersächsische VCD jüngst in einer Studie konkretisieren und setzt sich dafür ein. Befürworter\_innen der „Breimeier-Trasse“, wie der Landrat von Lüchow-Dannenberg oder der Regionalverband Elbe-Heide des VCD, sehen in ihr die Chance auf einen guten Schienenpersonennahverkehr für die Gohrde. Reaktiviert die Bahn hier den Schienenweg nach Osten, wäre aber auch Gorleben nah am Hauptschienenetz. Gegner\_innen der Breimeier-Trasse befürchten deshalb, dass sich mit der Trasse die Auswahlkriterien der Endlager-Suchkommission Richtung Gorleben verschieben werden. Die „Breimeier-Trasse“ würde Gorleben mit dem Hamburger Hafen und den Zwischenlagern Ahaus und Jülich im Westen sowie Lubmin im Osten verbinden.

### Bürgerbeteiligung als Public Relations-Auftrag

Seit Februar tagt das „Dialogforum Schiene Nord“. Ins Leben gerufen vom niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr organisiert die Düsseldorfer PR-Agentur vom Hoff für die Landesregierung ein Rundum-Sorglos-Paket zur Y-Trasse und ihren Alternativen. Zum gebotenen Beteiligungsprozess gehören ein kostenloses Bürgertelefon, mobile Infostände, Website mit Livestream und als Herzstück die „Turnhalenveranstaltungen“: die Sitzungen des Dialogforums im Celler Kongresszentrum. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg hat



1: Zwischen- und Endlager Gorleben 2: Atommüll aus Lubmin könnte direkt nach Dannenberg transportiert werden 3: Atommüll aus Westdeutschland ab Buchholz (5) ebenso wie Atommüll per Seefracht aus Hamburg (4) könnten direkt nach Dannenberg geleitet werden. Mehr Infos unter: [www.forum-pro-lebensqualitaet.de](http://www.forum-pro-lebensqualitaet.de) oder [www.bi-nordheide.de](http://www.bi-nordheide.de)

auf ihrer Website einen Aufruf veröffentlicht, die Breimeier-Trasse im Dialogforum Schiene Nord nicht weiter zu behandeln. Das Thema Atommülltransporte würde sonst die Alternativen zur Y-Trasse fachlich und politisch überlagern. Unter der Prämisse einer offenen Endlagersuche sei die Breimeier-Trasse keine Option für eine schnelle Lösung der Hafenhinterlandproblematik. Bei seiner ersten Sitzung entschied das Dialogforum anders und nahm die Breimeier-Variante in das Auswahlverfahren auf.

### Nicht notwendige Nebeneffekte

Befürworter\_innen der Breimeier-Trasse hoffen auf einen guten Schienenpersonennahverkehr für's Wendland. Gegner befürchten eine Castorstrecke. Im „Dialogforum Schiene Nord“ sind diese regionalen Interessen jedoch nur nicht notwendige Nebeneffekte eines leistungsstarken Korridors für Güterzüge. Vertreter\_innen von Kommunen und Umweltverbänden können aufgrund dieser strukturellen Nebensächlichkeit im Dialogforum nur verlieren. Eine „S-Bahn für's Wendland“ wird die Breimeier-Trasse, wenn die Bürger\_innen sie sich nicht als Abfallprodukt einer Hochleistungsstrasse für Container aller Art andrehen lassen. Das wäre eine echte Herausforderung für Kommunalpolitiker\_innen und Umweltschützer\_innen.

Monika Lege, Verkehrsreferentin ROBIN WOOD  
Hamburg, [verkehr@robinwood.de](mailto:verkehr@robinwood.de)



# Himmel nochmal!

## ROBIN WOOD aktiv: Für mehr Klimaschutz durch weniger Flugverkehr



Foto: ROBIN WOOD

Wahlkampfveranstaltung der SPD: ROBIN WOOD übergab 4.251 Unterschriften an Bundeswirtschaftsminister Gabriel und forderte ein Luftverkehrskonzept, das Klimaschutzziele nachhaltig erfüllt!

**Hamburg, 12. Februar 2015:** Beim Wahlkampffinale der SPD vor der Bürgerschaftswahl in der Hansestadt appellierte ROBIN WOOD an Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, Klimabelastungen durch den Flugverkehr konsequent zu bekämpfen. Dass Gabriel bei der SPD in Hamburg zu Gast war, nutzten ROBIN WOOD-Aktive, um ihm dort 4.251 Unterschriften zu überreichen, die sie gemeinsam mit den Förderinnen und Förderern von ROBIN WOOD für einen wirksamen Klimaschutz im Flugverkehr gesammelt hatten. Ihre Forderungen waren, dass sinnlose Subventionen abgeschafft und die Flugverkehrsteuer dauerhaft beibehalten werden müssen.

Und der Protest hatte Erfolg! Nach Übergabe der Unterschriften sagte uns Bundesminister Sigmar Gabriel schriftlich zu: „Eine Forderung nach deren Abschaffung werde ich nicht unterstützen, geschweige denn zustimmen.“ Herzlichen Dank nochmal an alle, die mit uns gemeinsam den Erhalt und die Weiterentwicklung der Luftverkehrsteuer gefordert haben!

Mehr Infos unter [www.robinwood.de/flugverkehr](http://www.robinwood.de/flugverkehr)

## Butterstullen für Bahnchef Grube

### Aktion zur DB-Bilanzpressekonferenz in Berlin



Foto: Bernhard Knierim

**Berlin, 19. März 2015:** Während Bahn-Chef Rüdiger Grube im Berliner Congress Centrum (BCC) am Alexanderplatz die Bilanz der Deutschen Bahn AG für das Geschäftsjahr 2014 präsentierte, setzten Aktive vom Bündnis Bahn für Alle vor dem BCC ihre Sicht auf das Bahnjahr 2014 in Szene. Mit einem Transparent: „Nachtzug statt Nachtflug“ forderten sie von der DB AG, mit Nachtzügen wieder eine klimafreundliche Alternative zu innereuropäischen Flügen anzubieten. Auf einem anderen Transparent stand „Grube verabschiedet sich vom Brot- und Buttergeschäft der Bahn“. Mit Butterstullen erinnerten die Aktiven Rüdiger Grube an sein Versprechen bei Amtsantritt vor sechs Jahren, statt Privatisierungskurs wieder dem „Brot- und Buttergeschäft“ der DB AG Vorrang zu geben.

Eine Rede der ROBIN WOOD-Verkehrsreferentin Monika Lege zum Thema können Sie auf Seite 17 lesen. Die Vorabversion des Alternativen Geschäftsberichts DB AG 2014 vom Bündnis Bahn für Alle finden Sie im Netz unter [www.robinwood.de/Bahn.233.0.html](http://www.robinwood.de/Bahn.233.0.html). Die ausführliche Fassung können Sie als LunaPark21 Extra 11 ab dem 27. Mai 2015 am Bahnhofskiosk kaufen.





7. Februar 2015: Bundesweiter Aktionstag gegen Atomtransporte von Hapag-Lloyd

Druck auf Hapag-Lloyd wächst

# Atomtransporte stoppen!

Der Hamburger Hafen ist die Drehscheibe für internationale Atomtransporte. ROBIN WOOD will die weltweit viertgrößte Container-Linien-Reederei Hapag-Lloyd zum Ausstieg aus dem Atomgeschäft bewegen. Der politische Druck auf das Unternehmen wächst – neuerdings auch von Seiten des Hamburger Senats. Unter dem Eindruck der Anti-Atom-Proteste hat die frisch gebildete Regierungskoalition von SPD und Grünen vereinbart, mehr für einen Hafen ohne Atomtransporte zu tun. Rot-Grün setzt dabei allerdings auf freiwillige Verzichtserklärungen von Hapag-Lloyd und anderen relevanten Hafenbetrieben. ROBIN WOOD war nach Protest-Aktionen im Februar zu einem Gespräch bei der Reederei.

„Mein Feld ist die Welt“ prangt in der Eingangshalle des wuchtigen Firmensitzes der Reederei Hapag-Lloyd an der Hamburger Alster. Ballindamm 25 – eine erste Adresse in Hamburg, das Hotel „Vier Jahreszeiten“ liegt in Sichtweite, das Rathaus ist gleich um die Ecke. Der Straßename erinnert an Albert Ballin, den Hamburger Generaldirektor von HAPAG aus der Zeit des Deutschen Kaiserreichs. Die Drehtür am Eingang klemmt nicht, sie muss erst von der Pförtnerin am Empfang frei gegeben werden. Sie schaut beunruhigt, wer da ins Haus will. Doch das lässt sich schnell aufklären. Die ROBIN WOOD-BesucherInnen haben einen Termin. Vorbei an Glasvitrinen mit Schiffsmodellen gelangen sie in den Besprechungsraum im ersten Stock.

Hapag-Lloyd hat sich zu diesem Gespräch bereit erklärt, nachdem am 7. Februar 2015 – kurz vor den Hamburger Bürgerschaftswahlen – Aktive von ROBIN WOOD und Anti-Atom-Initiativen in zehn Städten gegen Atomtransporte durch die Reederei demonstriert hatten. Hapag-Lloyd-Containerschiffe transportieren radioaktive Gefahrstoffe, die für die Herstellung von Brennelementen von Atomkraftwerken verwendet werden. Die Bevölkerung erfährt über diese Transporte in der Regel nichts.

## Geheime „black list“ bei Hapag-Lloyd

Im ersten Stock des Hapag-Lloyd-Unternehmenssitzes angekommen, treffen die ROBIN WOOD-Leute auf eine fünfköpfige

Riege von ManagerInnen der Reederei mit wichtig klingenden Titeln: Sustainability Manager, Senior Director Dangerous Goods, Manager Sensitive Cargo, Senior Director und Director Corporate Communications. Durch Nachfragen kommt bei dem Gespräch heraus, dass es bei Hapag-Lloyd eine nicht-öffentliche „blacklist“ von Gütern gibt, die aus ethischen Gründen nicht transportiert werden. Dazu zählen etwa Walfleisch, genmani-



Fotos: ROBIN WOOD

Ohne Schlips und Kragen – aber mit guten Argumenten: ROBIN WOOD bei Hapag-Lloyd in Hamburg am 26. Februar



## Rot-grünes Signal an die Hamburger Hafenwirtschaft zum Ausstieg aus Atomtransporten

*„Der Transport und der Umschlag von radioaktiven Stoffen aus Zwecken oder für Zwecke als Kernbrennstoff ist bundesrechtlich abschließend geregelt und kann deshalb von Senat oder Bürgerschaft nicht einseitig beschränkt werden. Die neue Regierung wird allerdings bei relevanten Unternehmen darauf hinwirken, im Wege der Selbstbeschränkung auf den Umschlag und seeseitigen Transport derartiger Stoffe im und durch den Hamburger Hafen zu verzichten.“*

Auszug aus dem Koalitionsvertrag „Zusammen schaffen wir das moderne Hamburg“, über die Zusammenarbeit in der 21. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg, und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg

pulierte Organismen, die sich für Biowaffen einsetzen lassen und eingefrorene menschliche Leichen. Radioaktive Stoffe wie Uranhexafluorid (UF<sub>6</sub>) stehen nicht auf der Liste. Das will die Reederei vorerst auch nicht ändern. Der gesellschaftliche Druck erscheint ihr offenbar noch nicht stark genug.

„Hapag-Lloyd hält zum jetzigen Zeitpunkt an Atomtransporten fest“, heißt es in einer Notiz, in der das noch dürftige Gesprächsergebnis gemeinsam festgehalten wird. Allerdings sieht die Reederei das Gespräch als „einen Anfang“. „Hapag-Lloyd nimmt die Kritik ernst und setzt auf weitere Gespräche“, geben die Manager zu Protokoll. Vom rot-grünen Koalitionsvertrag war zum Gesprächszeitpunkt Ende Februar noch nichts bekannt.



Foto: Daniel Schöngart

Protest-Aktion im Hamburger Hafen gegen einen Atomzug mit Uranerzkonzentrat, November 2014

Der Vorstands-Vorsitzende Rolf Habben Jansen wurde über das Gespräch mit ROBIN WOOD informiert. Zuvor hatte er der Umweltorganisation zudem eine schriftliche Stellungnahme geschickt, die in Kopie auch an die beiden wichtigen Anteilseigner – den Ersten Bürgermeister Olaf Scholz für die Stadt Hamburg und Horst Baier für die TUI AG – ging.

## Atomtransporte: immer „sicher und zuverlässig“

In dem Schreiben betont Habben Jansen, der Transport radioaktiver Stoffe werde von Hapag-Lloyd immer unter Geltung internationaler und deutscher Regelwerke, Zulassungen und Genehmigungen „sicher und zuverlässig“ abgewickelt. ROBIN WOOD hält dagegen, dass der Transport radioaktiver Gefahrgüter immer Risiken für Umwelt und Bevölkerung birgt, während den Nutzen der Transporte die Atomindustrie hat. Aus Sicht der Umweltorganisation ist es unverantwortlich, durch den Transport von Brennstoff für Atomkraftwerke deren Weiterbetrieb zu ermöglichen. Der Atomausstieg ist gesellschaftlicher Konsens und muss auch den Stopp von Atomtransporten umfassen.

Tatsächlich aber werden Woche für Woche über den Hamburger Hafen gefährliche Atomtransporte abgewickelt. Allein 2014 waren es 129 Kernbrennstoff-Transporte mit angereichertem Uran sowie 94 Transporte mit sogenannten „sonstigen radioaktiven Stoffen“ wie Uranerzkonzentrat und nicht angereichertem Uranhexafluorid. Urananreicherungsanlagen, Brennelementefabriken und Atommeiler weltweit werden damit versorgt und in die Lage versetzt, weiteren hochradioaktiven Atommüll zu produzieren, für den es kein Endlager gibt. Hapag-Lloyd-Schiffe bringen Uranhexafluorid (UF<sub>6</sub>) im Linienbetrieb von Kanada nach Deutschland. Gerät UF<sub>6</sub> in Verbindung mit Luftfeuchtigkeit, entsteht giftige und ätzende Flusssäure – mit tödlichen Folgen für die Menschen in der Umgebung. Wie gefährlich Atomtransporte sind, machte am 1. Mai 2013 ein Großbrand des Atomfrachters Atlantic Cartier im Hamburger Hafen deutlich. Der Frachter hatte Uranhexafluorid und Brennelemente an Bord, obendrein noch Munition und Ethanol. Der Brand konnte erst nach rund 16 Stunden unter Kontrolle gebracht werden. Hamburg schrammte knapp an einer Katastrophe vorbei.

## Raus aus dem Geschäft mit Atomtransporten!

Bei Hapag-Lloyd steht die Hansestadt besonders in der Pflicht, weil sie mit rund 23 Prozent an dem Unternehmen beteiligt ist. Bislang hatte die Hamburger SPD dennoch keinerlei Initiative gezeigt, Atomtransporte zu unterbinden. Doch im Koalitionsvertrag der neuen rot-grünen Regierung, der Mitte April dieses Jahres geschlossen wurde, taucht ein Passus zu Atomtransporten auf. SPD und Grüne wollen darauf hinwirken, dass „relevante“ Hafenunternehmen freiwillig auf den Transport und Umschlag von radioaktiven Stoffen „aus Zwecken oder für Zwecke als Kernbrennstoff“ verzichten.

Damit geht ein rot-grünes Signal an die Hamburger Hafenwirtschaft, jetzt aus dem Geschäft mit Atomtransporten auszu-



steigen! Dies ist auch eine Reaktion auf die jahrelangen Proteste von ROBIN WOOD und Anti-Atom-Initiativen gegen Atomtransporte durch den Hamburger Hafen. Allerdings wäre aus Sicht von ROBIN WOOD mehr drin gewesen. Konsequenter wäre es gewesen, den Hafen per Gesetz für sämtliche Atomtransporte zu sperren und nicht auf freiwillige Vereinbarungen einzelner Unternehmen zu setzen. Rot-Grün argumentiert, dies sei auf Landesebene wegen geltender bundesrechtlicher Regelung nicht möglich. Tatsächlich ist aber das Land Bremen diesen Weg gegangen und hat seine Häfen für Kernbrennstoffe gesperrt. Pferdefuß hierbei: Kernbrennstoffe laut Atomgesetz sind angereichertes Uran und Plutonium. „Sonstige radioaktive Stoffe“, die ebenfalls zu Brennstoff für Atommeiler verarbeitet werden, dürfen auch in Bremen weiterhin umgeschlagen werden. ROBIN WOOD will jedoch eine Sperrung der Häfen für sämtliche Atomtransporte erreichen. Die komplizierte Formulierung im Hamburger Koalitionsvertrag: „aus Zwecken oder für Zwecke als Kernbrennstoff“, ist insofern positiv, weil sie nicht auf Kernbrennstoffe verengt ist (s. Kasten S. 22).

Bewegen muss sich nun die Hafenwirtschaft. Neben Hapag-Lloyd zählt dazu insbesondere die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA), die die radioaktive Fracht an ihren Terminals umschlägt und die sich zu 69 Prozent im Besitz der Stadt befindet.

Öffentlicher Druck ist jetzt erst recht nötig! ROBIN WOOD setzt daher gemeinsam mit Anti-Atom-Initiativen die Kampagne „Atomtransporte durch Hamburg stoppen!“ fort. Ziel der Kampagne ist die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und eine Sperrung des Hamburger Hafens für alle Atomtransporte – damit für die Atomlobby das „Tor zur Welt“ endlich dicht gemacht wird.

**Ute Bertrand, ROBIN WOOD-Pressesprecherin,**  
[ute.bertrand@robinwood.de](mailto:ute.bertrand@robinwood.de), Tel.: 040 380 89222

**ROBIN WOOD informiert:**  

## ATOMTRANSPORTE AUCH VOR DEINER HAUSTÜR?



Unter dem Motto „Atomtransporte – auch vor Deiner Haustür?“ plant ROBIN WOOD gemeinsam mit Anti-Atom-Initiativen eine Vortrags- und Aktionstour durch Städte entlang der Transportstrecke von Hamburg zu den Atomanlagen in NRW und Frankreich. Koordiniert wird die Tour von Tobias Darge, ROBIN WOOD. Wenn Sie mehr darüber erfahren oder Tobias Darge zu einem Vortrag einladen möchten, melden Sie sich bitte!

Kontakt: Tobias Darge, [tobias.darge@robinwood.de](mailto:tobias.darge@robinwood.de),  
 Tel.: 0176 24249815.

Machen Sie auch mit beim ROBIN WOOD-Online-Protest gegen Atomtransporte durch den Hamburger Hafen!  
 Reinklicken unter: <https://www.robinwood.de>.

## Hapag-Lloyd – Container-Riese im Atomgeschäft

Mit rund 200 Schiffen ist Hapag-Lloyd die viertgrößte Linien-Reederei weltweit. Sitz des Unternehmens ist Hamburg. Der Vorstandsvorsitzende von Hapag-Lloyd heißt Rolf Haben Jansen. Die Stadt Hamburg ist über die HGV (Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH) mit 23,2 Prozent einer der wichtigsten Einzelaktionäre der Hapag-Lloyd AG. 2012 hatte der Hamburger Senat die städtischen Anteile an Hapag-Lloyd für 420 Millionen Euro aufgestockt – ein millionenschweres Verlustgeschäft.

Weitere große Gesellschafter von Hapag-Lloyd sind die chilenische Reederei CSAV (34,0 %), Kühne Maritime (20,8 %) und TUI (13,9 %). TUI will bei Hapag-Lloyd aussteigen. Bislang gehören der TUI die Hapag-Lloyd-Reisebüros sowie das Unternehmen Hapag-Lloyd Kreuzfahrten. Hapag-Lloyd plant einen baldigen Gang an die Börse.

Die Hapag-Lloyd-Container-Schiffe „Montreal Express“ und „Toronto Express“ transportieren radioaktive Materialien wie Uranerzkonzentrat und Uranhexafluorid zum Hamburger Hafen. Diese beiden Schiffe pendeln im Drei-Wochen-Rhythmus zwischen dem kanadischen Montreal, Antwerpen und Hamburg.

Im Hamburger Hafen wird die atomare Fracht an Container-Terminals von der HHLA (Hamburger Hafen- und Logistik AG) umgeschlagen. Die HHLA gehört über die HGV zu 69 Prozent der Stadt Hamburg. Anschließend werden die Container per LKW oder Zug zu Atomfabriken in Gronau oder Lingen oder ins französische Malvési gefahren.







Foto: ROBIN WOOD/Jens Volle

## Atommüll in Kochtöpfen?

*Stuttgart, 13. Februar 2015:* Um 11 Uhr war es soweit. Das Transparent mit der Aufschrift „Kein Atommüll in Kochtöpfe und Gehwege – Einwendungen jetzt!“ hing vor dem Umweltministerium in Stuttgart. Die AktivistInnen freuten sich, auch wenn der Minister nicht für eine Stellungnahme zur Verfügung stand.

Worum ging es? Aktuell liegen die Planungsunterlagen für den Rückbau vom AKW Neckarwestheim 1 öffentlich aus. Verschiedene Initiativen haben Einwendungskampagnen gestartet, weil das geplante Konzept viel zu sehr auf einen schnellen und bil-

ligen Rückbau statt auf Risikominimierung für die Bevölkerung abzielt. Die EnBW plant, riesige Mengen schwach belasteten Materials in den ganz normalen Wirtschaftskreislauf abzuschieben. So kann der Atommüll z.B. schließlich als Kochtopf auf dem Tisch landen.

Die AktivistInnen ließen es sich nicht nehmen, die im Ministerium ausgelegten Unterlagen in Augenschein zu nehmen. Schon der Umfang, gerade einmal ein Papierstapel von vier Zentimetern, wird der Bedeutung der geplanten Arbeiten kaum gerecht.

## Protest gegen Lubmin-Castor vor Gericht



31. März 2015: UnterstützerInnen vor dem Landgericht in Stralsund

*Stralsund, 31. März 2015:* Solidarität vor dem Gericht in Stralsund. Zwei AtomkraftgegnerInnen wehrten sich dort gegen die Kriminalisierung ihres gewaltfreien Protests gegen den CASTOR-Transport ins Atommüll-Lager Lubmin. Die beiden hatten – zusammen mit weiteren ROBIN WOOD-AktivistInnen – am 16. Dezember 2010 an der Bahnstrecke zwischen Greifswald und Lubmin unter dem Motto „Endstation Atom – sofort alle aussteigen!“ demonstriert und sich an einen im Gleisbett liegenden Betonblock angekettet. Das Landgericht Stralsund verurteilte sie deswegen zu einer Geldstrafe. Das wollen die Zwei nicht auf sich sitzen lassen. Daher geht das Verfahren jetzt in die nächste Runde.



# Kein Gift in die Erde!

*Berlin, 24. März 2015:* Der scharfe Wind gegen das Fracking-Gesetzespaket der Bundesregierung begleitet die Kabinettsmitglieder auch außerhalb ihrer Fachsitzungen. Umweltministerin Barbara Hendricks sah sich bei ihrer Eröffnungsrede der Messe „Wasser Berlin International“ Protesten ausgesetzt: Aktive von ROBIN WOOD und vom Umweltinstitut München forderten „Wasser schützen, Fracking verbieten!“.

*1. April 2015:* Anlässlich der Kabinettsbeschlüsse zur Fracking-Technologie ging der Protest vor dem Bundeskanzleramt weiter. ROBIN WOOD nahm dort gemeinsam mit vielen weiteren Umweltorganisationen eine symbolische Fracking-Probebohrung vor. Der breite Protest richtet sich gegen die Absicht von Energiekonzernen, in mehreren Regionen Deutschlands mit dem umstrittenen Fracking Erdgas aus tiefen Erdschichten zu gewinnen. Die Organisationen fordern ein Verbot dieser Technologie.



Foto: Jörg Farys für ROBIN WOOD

24. März 2015: Protest gegen Fracking bei der Wassermesse

*1. April 2015: Fracking-Probebohrung vor dem Bundeskanzleramt*



Foto: ROBIN WOOD







# Rein in die Grube, raus aus der Kohle?

## Ein breites Anti-Kohle-Bündnis plant für Mitte August eine Tagebau-Besetzung im Rheinland

Für die Zukunft der Kohleverstromung in Deutschland spielt das Jahr 2015 eine besondere Rolle. Im Vorfeld der Klimakonferenz in Paris möchte sich die Bundesregierung klimapolitisch ins rechte Licht rücken, während die Kohlelobby versucht ihre Geschäftsinteressen durchzusetzen. Doch schon seit einiger Zeit hat sich eine Gegenbewegung formiert, die für einen Kohleausstieg streitet. Dieses Jahr tritt sie mit zahlreichen Aktivitäten prominent in Erscheinung. Neben einer Anti-Kohle-Menschenkette im April und Klimacamps im Sommer rufen AktivistInnen für Mitte August zu einer bunten und kreativen Aktion zivilen Ungehorsams an einem rheinischen Tagebau auf. Ihr Motto: „Ende Gelände – Kohlebagger stoppen, Klima schützen!“

Nahezu alle Staaten der Welt haben sich mittlerweile dem Ziel verschrieben, die globale Erwärmung auf zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, verpflichtete sich die Bundesregierung im Jahr 2010 zu einer Reduktion der Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 und zu einer vollständigen Dekarbonisierung des Stromsektors bis zum Jahr 2050. Doch beides ist derzeit nicht gesichert. Die bislang beschlossenen Maßnahmen würden die Treibhausgase bis 2020 lediglich um 33 Prozent reduzieren. Die Bundesregierung zielt deshalb nun mit einem Emissionsbegrenzungsge-  
setz auf Reduktionen im Energiesektor. So soll das 40-Prozent-Ziel erfüllt werden und damit eine gute Ausgangslage

Deutschlands für die internationalen Klimaverhandlungen im Winter geschaffen werden.

### Braunkohle = klimaschädlichster Energieträger

Noch immer wird in Deutschland der Großteil der existierenden 250 Großkraftwerke zur Stromerzeugung mit Kohle befeuert. Die Kohlekraft nahm 2013 einen Anteil von sage und schreibe 45,5 Prozent an der Stromerzeugung Deutschlands ein. Im Vergleich zu anderen fossilen Brennstoffen (Öl und Gas) setzt die Kohle, insbesondere die Braunkohle, bei ihrer Verbrennung besonders viel Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) frei. Braunkohle ist dabei der mit Abstand CO<sub>2</sub>-intensivste Energieträger. Selbst modernste Braunkohlekraftwerke emittieren zwei- bis dreimal mehr CO<sub>2</sub> als moderne Gaskraftwerke. Ohne einen Wandel des Energiesektors, weg von der Kohle hin zu Erneuerbaren Energien und Gas, scheint die bereits beschlossene Emissionsreduktion nicht erreichbar.

Auf dem politischen Konfliktfeld stehen sich die Kohle-Lobby und ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Akteure unversöhnlich gegenüber: Während die

Kohle-Lobby aus Großkonzernen – wie RWE, Vattenfall und STEAG – an ihrem klimaschädlichen Geschäftsmodell festhält, jedoch jede Antwort darauf schuldig bleibt, wie die (auch von ihr nicht verneinten) Klimaziele erreicht werden können, mobilisieren soziale Bewegungen und Verbände seit einigen Jahren intensiv für einen sozial-ökologischen Wandel und die Abkehr von der Kohle. Kohle, so ihre Kritik, sei nicht nur höchst klimaschädlich, sondern zugleich auch sozial und ökologisch desaströs. Insbesondere die Braunkohletagebaue bewirken eine Vielzahl von ökologischen, gesundheitlichen, kulturellen und finanziellen Folgeschäden. Der Abbau von Steinkohle in Russland, Kolumbien oder Südafrika für den deutschen Markt ist daneben häufig mit schwerwiegenden menschenrechtlichen Problemen verbunden. Aus ihrer fundierten Kritik leiten die Aktiven die Forderung nach einem schnellstmöglichen Kohleausstieg ab.

Die Proteste der sich neu formierenden Anti-Kohle-Bewegung vereinen zahlreiche Aktivitäten: Aktionen gegen Kraftwerksneubauten, Petitionen für die Energiewende, Lobbyarbeit, juristischen Widerstand und Klimacamps, die seit

*Mischung aus Wimmelbild und Infografik: die aktuelle Kohle-Protest-Karte von der Organisation PowerShift in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Auf der Rückseite bietet die Karte detaillierte Grafiken und Infotexte zur Nutzung der Kohle in Europa und gibt Tipps und Kontakte, selbst aktiv zu werden: [www.rosalux.de/kohleprotestkarte](http://www.rosalux.de/kohleprotestkarte)*





*Neue Bündnisse für wirksamen Klimaschutz und gegen den Braunkohleabbau werden geschlossen*

2009 jährlich an Tagebauen in der Lausitz oder dem Rheinland stattfinden. Als basisorientierte Zusammenkünfte richten Klimacamps ihre Aufmerksamkeit – sei es durch Workshops oder Aktionen – auf Blindstellen der Klima- und Energiepolitik.

### Ungehorsam gegen Kohle

Insbesondere im Umfeld der Camps ist in den letzten Jahren eine neue Generation von Basis-AktivistInnen herangewachsen, die den Kohleausstieg zum Top-Thema ihrer Agenda macht. Mit der Besetzung von Kohletransportwegen, Tagebau-Erweiterungsflächen wie dem Hambacher Forst oder Kletteraktionen an Kraftwerken haben sie die Anti-Kohle-Kämpfe um die Protestform des zivilen Ungehorsams erweitert. Angesichts der

Dringlichkeit des Klimawandels und seiner sozial und ökologisch destruktiven Auswirkungen begreifen die AktivistInnen Regelübertritte, wie die Blockade von Kohlebaggern, als notwendige und legitime Aktion, um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden politischen Auseinandersetzung um Klimaschutz und die Zukunft der Kohle in Deutschland finden sie zunehmend Sympathien und Unterstützung aus umwelt- und entwicklungspolitischen Verbänden und Netzwerken. Mit dem Ergebnis, dass im August diesen Jahres an einem

**„Es genügt nicht, nur laut  
NEIN zu sagen, es ist an der  
Zeit, Widerstand zu leisten  
und Klimaschutz selbst in die  
Hand zu nehmen.“**

*Aufruf zur ungehorsamen Aktion  
»Ende Gelände«*

rheinischen Tagebau die Aktionen zivilen Ungehorsams von einem breiten Bündnis unterstützt werden.

Die Wahl des Rheinlands als Ort für diese Massenaktion zivilen Ungehorsams ist nicht zufällig. Um den Widerspruch von Kohle und Klimaschutz öffentlichkeitswirksam zuzuspitzen ist kein anderer Ort besser geeignet. Allein das rheinische Braun-

kohlerevier ist für rund 10 Prozent der gesamten (!) CO<sub>2</sub>-Emissionen Deutschlands verantwortlich. Der Konzernriese RWE betreibt hier mit einem Geflecht aus Geld und Einfluss auf Politik, Medien und Kommunen sein nicht-zukunftstaugliches Geschäftsmodell. RWE Tagebaubagger überrollen nicht nur Ökosysteme, sondern auch jahrhundertealte Dörfer. Ganze Regionen werden – wie im Tagebau Hambach – bis zu einer Tiefe von einem halben Kilometer umgegraben. Die Folgen für Natur und Gesellschaft sind immens. Die AktivistInnen fordern deshalb: „Ende Gelände für die Kohlebagger und eine Klima zerstörende Politik!“

*„Ende Gelände – Kohlebagger stoppen, Klima schützen!“ Unter diesem Motto organisiert ein großes Bündnis im August Protestaktionen im Kohlerevier Rheinland*



### Aktionskonsens: Sagen, was getan wird

Das Bündnis hat sich auf einen Aktionskonsens verständigt, in dem die Aktiven beschreiben, was sie planen: Am Wochenende vom 14. bis 16. August 2015 wollen sie gemeinsam mit vielen anderen Menschen einen Tagebau im rheinischen Braunkohlerevier besetzen und blockieren. Es soll vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten und Aktionsniveaus geben. In ihrem Aufruf schreiben sie: „Während einige an der Abbruchkante protestieren,



werden andere im Tagebau die Bagger und andere Infrastruktur blockieren. Gemeinsam werden wir RWE dazu bringen, die Bagger zu stoppen. Unsere Aktion wird ein Bild der Vielfalt, Kreativität und Offenheit vermitteln. Alle, ob protest-erfahren oder nicht, können an der Aktion teilnehmen.“ Damit das gelingt, sollen im Vorfeld und auf den Camps Aktionstrainings für Menschen angeboten werden, die noch nie an einer Aktion des zivilen Ungehorsams teilgenommen haben. Neben zahlreichen lokalen Klimagruppen rufen unter anderem das transnationale

Netzwerk Afrique Europe Interact, die Brüsseler NGO Corporate Europe Observatory, das bundesweit aktive Bündnis Interventionistische Linke, die Grüne Jugend, das Netzwerk Wachstumswende und verschiedene Anti-Atom-Gruppen zu der Aktion auf, zahlreiche prominente Personen haben sich mit der Aktion solidarisch erklärt (*siehe dazu: [www.ende-gelaende.org](http://www.ende-gelaende.org)*).

Mit ihrer Aktion wollen sich die Aufrufenden insbesondere an den Braunkohle-Widerstand im Rheinland und der Lausitz richten sowie an die vielen

TeilnehmerInnen der Anti-Kohle-Ketten und der Blockaden für eine Energiewende im Wendland und nicht zuletzt an die Menschen, die aus ihren Ländern flüchten mussten, weil der Klimawandel ihre Existenzgrundlagen vernichtet. Sicher ist: In der Anti-Kohle-Bewegung ist Bewegung. Ob es den Protestierenden gelingt Kohlebagger zu stoppen oder damit gar das Klima zu schützen, wird im August entschieden.

*Philip Bedall ist Energiereferent von  
ROBIN WOOD in Hamburg  
[energie@robinwood.de](mailto:energie@robinwood.de)*

## Bewegung gegen Kohle – Terminübersicht

1. bis 8. Juli	Climate Action Camp Amsterdam	<a href="http://aseed.net/en/action-camp-juli-1-8-2015-near-amsterdam">http://aseed.net/en/action-camp-juli-1-8-2015-near-amsterdam</a>
4. Juli	Climate Games in Amsterdam	<a href="http://www.climategames.nl">www.climategames.nl</a>
5. bis 9. August	Łużyski camp – Lausitzer Klima- und Energiecamp in Groß Gastrose / Kerkwitz	<a href="http://www.lausitzcamp.info">www.lausitzcamp.info</a>
7. bis 17. August	Klimacamp im Rheinland	<a href="http://www.klimacamp-im-rheinland.de">www.klimacamp-im-rheinland.de</a>
9. bis 14. August	Degrowth Sommerschule im Rheinland	<a href="http://www.degrowth.de/de/sommerschule-2015">www.degrowth.de/de/sommerschule-2015</a>
14. bis 16. August	Aktion „Ende Gelände – Kohlebagger stoppen, Klima schützen!“	<a href="http://www.ende-gelaende.org">www.ende-gelaende.org</a>
26. September	Klima-Aktionstag der Klima-Allianz	<a href="http://www.die-klima-allianz.de">www.die-klima-allianz.de</a>
5. Juni bis 26. September	Alternatiba-Tour	<a href="http://www.alternatiba.eu/tour2015/">www.alternatiba.eu/tour2015/</a>
27. September	Global Day of Action	<a href="http://www.alternatiba.eu/de">www.alternatiba.eu/de</a>
30. November bis 11. Dezember	Internationale Klimaverhandlungen in Paris	<a href="http://www.coalitionclimat21.org">www.coalitionclimat21.org</a>

## Neuer Energiereferent bei ROBIN WOOD

Philip Bedall, 34 Jahre alt, lebt in Berlin und arbeitet seit Anfang März im Hamburger ROBIN WOOD-Büro als Energiereferent. Als Umwelt- und Politikwissenschaftler beschäftigt er sich seit vielen Jahren mit energie- und klimapolitischen Fragen und war an zahlreichen Mobilisierungen und Kampagnen beteiligt – sei es zu Kohle, Klima oder Atom, im Rheinland, Kopenhagen oder Wendland. Im Feld sozialer Bewegungen engagierte sich Philip u.a. im Kontext der Bundeskoordination Internationalismus, im transnationalen Netzwerk Climate Justice Action, bei Klimacamps und im Anti-Atom-Widerstand. In den letzten Jahren war er für verschiedene umwelt- und entwicklungspolitische Organisationen tätig, darunter der Verein PowerShift, die Energiewende-Kampagne von Campact und die Organisation 350.org/Fossil Free Berlin.

*„Es sind konkrete Macht- und Herrschaftsverhältnisse, besonders privatwirtschaftliche Interessen, aus denen ökologische und soziale Problemlagen erwachsen – sei es der Treibhausgasanstieg oder die Nutzung der Risikotechnologien Atomkraft und Fracking. Mit meiner Arbeit bei ROBIN WOOD möchte ich zu gesellschaftlichen Kräfteverschiebungen beitragen. Mein Engagement begreife ich dabei als Teil der Bewegung für Globale Gerechtigkeit, denn globale Klimakrise und Ressourcenausbeutung und die bundesdeutsche Energiepolitik sind eng miteinander verknüpft.“*



*Philip Bedall, Hamburg  
Kontakt: [energie@robinwood.de](mailto:energie@robinwood.de)*





Foto: DieAusloeser.net

*Immer mehr Menschen leisten gegen TTIP Widerstand*

# TTIP gegen Klimaschutz

Ende 2015 ist es wieder einmal so weit: In Paris soll mit einem neuen internationalen Abkommen der Klimawandel verlangsamt werden. Zwei Wochen lang werden Staats- und Regierungschefs vollmundige Versprechungen zur Rettung des Weltklimas abgeben. Doch selbst wenn ein Abkommen verabschiedet wird, bleibt mehr als fraglich, ob die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen dadurch tatsächlich sinken werden. Ein guter Grund das anzuzweifeln liegt in den klimaschädlichen Produktions- und Konsumstrukturen des fossilen Kapitalismus sowie in aktuellen Entwicklungen im Bereich der Handels- und Investitionspolitik, die oftmals in direktem Widerspruch zu Klimaschutz und Energiewende stehen.

Klimapolitische Ziele werden nicht nur dadurch konterkariert, dass durch eine Ausweitung des Freihandels immer mehr Waren über immer weitere Entfernungen transportiert werden und dies in den meisten Fällen zu einem steigenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß führt. Die EU und Deutschland versuchen darüber hinaus über Handelsabkommen den möglichst ungehinderten Zugang zu Rohstoffen weltweit abzusichern – insbesondere zu den Rohstoffen, die Grundlage der fossilen, klimaschädlichen Industrie darstellen. Andererseits können die in zahlreichen Handels- und Investitionsschutzab-

kommen enthaltenen Klagerechte für Konzerne und Staaten dafür sorgen, dass gerade Klima- und Energiewendepolitik mit hohen Entschädigungssummen sanktioniert oder aufgeweicht werden. Zwei Punkte, die es lohnt näher in den Blick zu nehmen.

## Freihandelsabkommen: Freie Fahrt für die fossile Industrie

Öl, Kohle und Gas bleiben auch 15 Jahre nach der Jahrtausendwende die Motoren der Weltwirtschaft. Bei allen fossilen Brennstoffen sind die EU und Deutschland

stark auf Importe angewiesen. Der Abbau von Exportbeschränkungen im Bereich der Rohstoffe ist für Deutschland und die EU deshalb ein großes Anliegen. Es geht dabei primär darum, der europäischen Industrie den ungehinderten Zugang zu den Rohstoffen sicherzustellen. Dabei ist nachrangig, dass beispielsweise die ständig neue Erschließung von Schieferöl- und -gasvorkommen (wie gegenwärtig in den USA) fatale Folgen für die Klimaerwärmung hat oder der Abbau von Kohle teilweise unter sozial, menschenrechtlich und ökologisch katastrophalen Bedingungen erfolgt. Gleichzeitig ist der Export



von Bergbauausrüstung und Kraftwerkstechnologie ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Auch wenn der Handel mit Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien zunehmend wichtig wird, ist es insbesondere die mächtige Lobby der fossilen Industrie, die dafür sorgt, dass ihre Interessen gehört und berücksichtigt werden. Diese Agenda findet auch in internationalen Handelsabkommen ihren Niederschlag.

Das globale Freihandelsregime wird derzeit vor allem durch bilaterale Handelsabkommen vorangetrieben. Prominenteste Beispiele dafür sind TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement). Während ein Textentwurf für das Abkommen mit Kanada bereits vorliegt, kann über die genaue Ausgestaltung von TTIP teilweise nur gemutmaßt werden. Einer der größten Streitpunkte in den Verhandlungen zu TTIP ist der Streitschlichtungsmechanismus ISDS (Investor-State-Dispute-Settlement). Mit dem Mechanismus würden ausländische Investoren die Möglichkeit erhalten, Staaten vor einem eigens dafür einberufenen Schiedsgericht zu verklagen, wenn sie ihre Eigentumsrechte geschmälert sehen. ISDS ist bereits heute in vielen Investitionsschutzabkommen enthalten. Bei ihren Urteilen sind die Schiedsgerichte allein an die sie etablierenden Verträge gebunden, nicht aber an die jeweilige nationale Gesetzgebung. Verhandelt wird oft hinter verschlossener Tür, eine demokratische Legitimation oder Kontrolle gibt es nicht und in vielen Fällen erfolgt die Auslegung ganz im Sinne der klagenden Konzerne. Die zugesprochenen Entschädigungssummen im Falle einer Verurteilung sind dabei immens und übersteigen in aller Regel die Entschädigungssummen, die „normale“ Gerichte bewilligen würden.

### Klima- und Energiewendepolitik vor dem Schiedsgericht

In vielen Fällen enden Schiedsgerichtsverfahren auch mit Vergleichen, die oftmals die Verwässerung von umwelt- oder klimapolitischen Gesetzen beinhalten. Dies war beispielsweise bei der Klage von Vattenfall gegen Deutschland im Jahr 2009 der Fall. Der schwedische

Staatskonzern sah seine Eigentumsrechte am Kohlekraftwerk Hamburg-Moorburg aufgrund neuer wasserrechtlicher Umweltstandards der Stadt Hamburg zum Schutz der Elbe geschmälert. Das Verfahren wurde durch einen Vergleich beigelegt, der die Absenkung der Umweltstandards beinhaltete. 2012 reichte Vattenfall aufgrund des Atomausstiegs erneut Klage gegen Deutschland ein, mit noch offenem Ausgang. Grundlage für beide Klagen war der Energiecharta-Vertrag, ein Investitionsschutzabkommen aus dem Jahr 1994. Die kanadische Provinz Quebec wird derzeit vom multinationalen Konzern Lone Pipe wegen eines Fracking-Moratoriums verklagt. Sollten TTIP und CETA unterzeichnet werden, könnten auch europäische Fracking-Moratorien, wie sie beispielsweise in Frankreich oder Bulgarien in Kraft sind, ins Visier multinationaler Konzerne rücken.

Auch Handelsabkommen wie die WTO-Verträge sehen Klagerechte vor. Anders als im Falle der Investitionsabkommen geht es hier jedoch nicht um Entschädigungszahlungen, sondern um den Abbau von Handelshemmnissen. Was genau als Handelshemmnis gilt, ist von Abkommen zu Abkommen unterschiedlich. Die Palette reicht von Zöllen über Exportbeschränkungen bis hin zu Umwelt- und Sozialstandards oder der gezielten Förderung der einheimischen Industrie durch sogenannte Local Content Requirements (LCRs). Im Zuge der TTIP-Verhandlungen möchte die EU einen Wegfall von Exportbeschränkungen für US-amerikanisches Schieferöl und Gas erreichen, um so vom neuen Rohstoffreichtum und den günstigen Preisen in Übersee zu profitieren. Doch mit einem größeren Angebot auf dem Weltmarkt sinken die Preise und damit auch der Anreiz für Investitionen in Erneuerbare Energien oder zur Steigerung der Energieeffizienz.

Auch der Rekommunalisierung von Stadtwerken könnten durch TTIP und CETA weitere Steine in den Weg gelegt werden: Der Textentwurf für CETA sieht vor, dass die Ausschreibung öffentlicher Aufträge, darunter Konzessionen für die Versorgung mit Wasser und Energie, ab einem bestimmten Schwellenwert künftig für Unternehmen beiderseits des Atlantiks offenstehen soll. Soziale und ökologische

Kriterien oder die lokale Verankerung eines Unternehmens dürften keine oder nur eine untergeordnete Rolle bei der Vergabe spielen.

Besonders problematisch ist bei den TTIP-Verhandlungen, dass dort derzeit auch die Einführung eines „Rates für regulatorische Kooperation“ diskutiert wird – ein Gremium, das es so bislang in noch keinem Freihandelsabkommen gibt. Noch bevor neue Gesetze dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden, soll der Rat prüfen, ob diese in Konflikt mit den TTIP-Bestimmungen stehen. Neben EU- und US-Behörden sollen auch Industrievertreter in dem Rat sitzen. Die Industrie beiderseits des Atlantik würde so ein direktes Mitspracherecht bei der Gesetzgebung erhalten. Obwohl die EU-Kommission beteuert, dass die europäischen Regierungen auch nach Abschluss von TTIP nicht in ihrer Fähigkeit eingeschränkt werden sollen, Gesetze zum Schutz von Mensch und Umwelt zu erlassen, ist schwer vorstellbar, dass ein solches Gremium nicht genau das aushöhlen würde.

Also: Klimabewegte aufgepasst! Selbst wenn Ende des Jahres bei der Weltklimakonferenz in Paris ambitionierte Ziele zur CO<sub>2</sub>-Minderung beschlossen werden, hat die internationale Klimapolitik den in Handels- und Investitionsabkommen verankerten Klagerechten wenig Handfestes entgegenzusetzen. Denn in dem Klimaabkommen wird – davon ist auszugehen – keine rechtliche Instanz vorgesehen sein, die Verstöße gegen vereinbarte Ziele ahnden könnte. Wer auf internationaler Ebene Klimapolitik betreiben will, sollte deshalb nicht nur nach Paris schauen, sondern sich auch mit Handels- und Investitionspolitik befassen.

*Laura Weis, PowerShift e.V.  
Verein für eine solidarisch-ökologische  
Energie- und Weltwirtschaft*

*Zum Weiterlesen: Eine Studie zu den Zusammenhängen zwischen Energie-, Handels- und Investitionspolitik wird in Kürze auf <http://power-shift.de> veröffentlicht. Bereits erschienen ist die Studie „TTIP, CETA, TiSA: Die Kapitulation vor den Konzernen“. Sie kann bei Anna Schöler bestellt werden: [Anna.Schoeler@power-shift.de](mailto:Anna.Schoeler@power-shift.de)*





Foto: Uwe Schlich/pixelio.de

*Wie viel Stromtrassen braucht die Energiewende wirklich?*

# Stromspeicher statt Stromtrassen

In den letzten Monaten wurde das Thema Stromtrassen heiß diskutiert: Diese werden für die Energiewende dringend benötigt, um überschüssigen Windstrom aus Norddeutschland in den Süden zu transportieren. Aber den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern ist die Energiewende anscheinend egal – sie protestieren massiv gegen die neuen Leitungen. Dabei werden sie von der bayrischen Landesregierung und Ministerpräsident Seehofer unterstützt. Was steckt nun hinter der Forderung nach neuen Trassen, und sind sie für die Energiewende wirklich unentbehrlich?

Tatsächlich hat Schleswig-Holstein im Jahr 2014 mehr Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt, als dort verbraucht wurde, und auch in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern wird sehr viel Windstrom erzeugt. Auf den ersten Blick scheint es also logisch, diese Überschüsse in den Süden zu transportieren. Aber gleich nach Bayern? Es gibt auch deutlich weiter nördlich große Verbrauchszentren – Hamburg, Berlin und das Ruhrgebiet. All diese Regionen sind von einer Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien noch weit entfernt. Der tatsächliche Grund für die neuen Stromtrassen sind also nicht alleine die

Erneuerbaren Energien, sondern auch die Struktur des konventionellen Kraftwerksparks. Die bestehenden Kraftwerke lassen sich in drei Kategorien unterteilen: Grundlast-, Mittellast- und Spitzenlastkraftwerke. Grundlastkraftwerke laufen Tag und Nacht – Mittellastkraftwerke werden tagsüber bei höherem Strombedarf zugeschaltet und Spitzenlastkraftwerke decken kurze Verbrauchsspitzen z.B. in den Mittagstunden ab. In diesen Kraftwerkspark mussten nun die Erneuerbaren Energien integriert werden. Das geht zunächst ganz unproblematisch – Mittel- und Spitzenlastkraftwerke drosseln ihre Leistung oder werden ganz

abgeschaltet. Schwierig wird es, wenn so viel erneuerbarer Strom zur Verfügung steht, dass die Kraftwerke in der Grundlast betroffen sind. Die Grundlast wird in Deutschland vor allem von Atomkraft und Braunkohle zur Verfügung gestellt. Diese Kraftwerke lassen sich aber bei einem großen Angebot von Wind- und Sonnenstrom nicht einfach abschalten und nach einigen Stunden wieder hochfahren – sie müssen immer mit einer gewissen Mindestleistung am Netz bleiben. Deshalb versucht die Bundesregierung nun den Ausbau der Erneuerbaren Energie zu drosseln, damit sie den Grund-



lastkraftwerken nicht in die Quere kommt. Zugleich werden neue Stromtrassen gebaut, damit der Strom aus Wind und Sonne bis nach Bayern transportiert werden kann und die Braunkohlekraftwerke im Rheinland und in der Lausitz weiter betrieben werden können.

Viel sinnvoller wäre es, sofort alle AKWs und so schnell wie möglich auch die besonders klimaschädliche Braunkohle auszuschalten. Durch den Betrieb dieser Kraftwerke geraten auch Gaskraftwerke zunehmend unter Druck. Eigentlich bieten diese mehrere Vorteile: Erstens haben sie deutlich geringere CO<sub>2</sub>-Emissionen als Kohlekraftwerke, zweitens sind Gaskraftwerke sehr gut regelbar und können daher das schwankende Angebot aus Erneuerbaren Energien ausgleichen. Aber aufgrund der seit 2010 sinkenden Braunkohle- und CO<sub>2</sub>-Preise verdrängt der billige Braunkohlestrom den etwas teureren Strom aus Erdgas. So hat der Energieversorger E.ON Ende März beantragt, das hochmoderne Gaskraftwerk Irsching, das erst 2010 in Betrieb ging, stillzulegen. Das wäre für die Energiewende vollkommen kontraproduktiv.

## Energiewende ausgebremst

Im Erneuerbare-Energien-Gesetz ist vorgesehen, dass in Deutschland Solaranlagen mit einer Gesamtleistung von maximal 52 GW (Gigawatt = Millionen Kilowatt) gefördert werden sollen. Diese Zahl ist kein Zufall, denn 52 GW Solarleistung ließen sich noch gerade so mit dem Betrieb von Grundlastkraftwerken vereinbaren. Für eine Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien werden in Deutschland aber ungefähr 200 GW Photovoltaik- und genauso viel Windenergie benötigt. An sonnigen Tagen würden dann um die Mittagszeit ca. 120 bis 150 GW Photovoltaikleistung zur Verfügung stehen. Der Verbrauch liegt jedoch nur bei ca. 50 GW. Schon an dieser einfachen Rechnung lässt sich erkennen, dass Stromtrassen alleine die Energiewende nicht weiter bringen – denn wenn insgesamt mehr Solarstrom vorhanden ist als gebraucht wird, hilft auch eine optimale räumliche Verteilung nicht. Stattdessen müssten große Mengen Strom gespeichert werden. Dazu stehen im Moment Pumpspeicherkraftwerke zur Verfügung – deren Kapazität ist aber viel zu klein und ein weiterer Ausbau aufgrund

der geografischen Gegebenheiten kaum möglich. Eine gute Alternative wäre, Solaranlagen in privaten Haushalten mit dezentralen Stromspeichern zu ergänzen. Besteht in den Mittagsstunden Energieüberschuss, wird dieser in der Batterie gespeichert und kann am Abend und in der Nacht verbraucht werden.

Wird eine typische Hausdachanlage mit einer Leistung von 5 kW durch einen relativ kleinen Speicher von 2 kWh ergänzt, so kann die Leistung dieser Anlage um die Mittagszeit auf 60 % begrenzt werden, ohne dass nennenswerte Verluste entstehen. Sollten trotz der Installation von Batteriespeichern immer noch Überschüsse vorhanden sein, gibt es eine Vielzahl weiterer Nutzungsmöglichkeiten für den Solarstrom:

Die einfachste Nutzung von überschüssigem Strom ist die Erwärmung von Trinkwasser mit einem Heizstab – entsprechende Regelsysteme sind schon heute auf dem Markt. Mit Hilfe von Wärmepumpen kann Solarstrom außerdem zum Heizen oder auch zum Kühlen von Gebäuden genutzt werden. Im Verkehrsbereich könnten Elektrofahrzeuge geladen werden und langfristig lässt sich auch vorstellen, über das so genannte Power to Gas Verfahren Erdgas aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen.

## Dezentrale Anlagen

Bisher wurde die Energiewende in Deutschland zu einem großen Teil von Bürgerinnen und Bürgern getragen. Die Bundesregierung hat bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes allerdings die dezentralen Energieformen – vor allem die Photovoltaik – stark benachteiligt. Sie setzt stattdessen auf Offshore-Wind und auf große Anlagen, die im Rahmen von Ausschreibungen möglichst kostengünstig errichtet werden sollen. Grundsätzlich ist es richtig, dass wenige Großanlagen zu etwas geringeren Kosten errichtet werden können als viele kleine. Dabei wird allerdings ein Punkt übersehen: Investoren erwarten aus Windparks, großen Solar-Anlagen oder Stromtrassen eine Rendite von 6 bis 10 Prozent. Wer auf dem eigenen Hausdach eine PV-Anlage errichtet, möchte dagegen vor allem seinen eigenen Strom erzeugen und braucht vielleicht gar keine Rendite. Und auch Bürgerenergiegenossenschaften

sind mit 3 bis 4 Prozent zufrieden. Unter dem Strich ist die Kilowattstunde aus der Kleinanlage dann auch nicht teurer als die aus dem erneuerbaren Großkraftwerk.

Noch ein weiterer Grund spricht für eine dezentrale Energiewende. In der Energiepolitik wird allgemein davon ausgegangen, dass sich die Stromversorgung an drei Kriterien orientieren soll: Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit. Ein Aspekt wird dabei vergessen: Die Akzeptanz der Bevölkerung. Während Stromtrassen und große Windparks immer wieder Proteste auslösen, ist die Akzeptanz für dezentrale Anlagen sehr hoch.

## Perspektiven

Der Bau von neuen Stromtrassen dient dazu, den Ausbau von Erneuerbaren Energien zu begrenzen und die bestehenden Grundlastkraftwerke weiter betreiben zu können. Stattdessen sollten aber möglichst schnell Kohle- und Atomkraftwerke abgeschaltet werden und ein ambitionierter Ausbau von Erneuerbaren Energien und dezentralen Stromspeichern erfolgen. Die Bundesregierung sollte das für den Bau der Stromtrassen benötigte Geld lieber in ein ambitioniertes Marktanreizprogramm für dezentrale Batteriespeicher investieren – das würde die Energiewende wirklich voran bringen.

Doch auch ohne ein solches Förderprogramm könnten Stromspeicher in absehbarer Zeit sehr viel günstiger werden, wenn durch die Elektromobilität die Nachfrage steigt und die Stromspeicher preiswerter produziert werden können. Dann sind die neu gebauten Stromtrassen überflüssig und Solarstrom insgesamt so günstig, dass die dezentrale Energiewende unweigerlich kommen wird. Bis es so weit ist, müssen wir weiter am Ball bleiben und trotz schwieriger Rahmenbedingungen die Energiewende selbst in die Hand nehmen, sei es durch den Bau neuer Solaranlagen, durch Projekte zur Energieeinsparung oder durch den Protest gegen unnötige Kohle- und Atomkraftwerke.

*Florian Kubitz,*  
Vorstand ROBIN WOOD



# Regionales Geld



Foto: Jürgen Grüneis/pixelio.de



## Regionalwährungen ergänzen das konventionelle Geldsystem, stärken die Region und machen sie unabhängiger und krisensicherer. Das erfolgreichste regionale Geld heißt: Chiemgauer.

Während das Öl in einem Motor für schnurrenden, reibungslosen Betrieb sorgt, kann das für unsere Wirtschaft Geld sein. Wenn der Motor anfängt zu stottern, gilt es die Motorhaube zu öffnen. Nicht immer hilft es jedoch, mehr Öl in den Motor beziehungsweise mehr Geld in die Wirtschaft zu geben. Manchmal wird das Auto auch einfach zu schnell gefahren und die Drehzahl übersteigt die Motorleistung. Es liegt in unserer Hand, auch mal einen Gang zurück zu schalten und nach anderen Lösungen zu suchen.

### Regionales Geld zum Tausch von Gütern und Dienstleistungen

Regionalwährungen ergänzen das konventionelle Geldsystem, sie existieren neben der offiziellen Währung und dienen dem Tausch von Gütern und Dienstleistungen. Regionales Geld stärkt den wirtschaftlichen Austausch in einer Region, ungenutzte Reserven und Ressourcen können so besser eingesetzt werden. Durch den begrenzten Gültigkeitsbereich kann das Regionalgeld nicht in andere Regionen abfließen. Überschüsse bleiben vor Ort und regionale Wertschöpfungsketten werden unterstützt. Die damit geschaffene zusätzliche finanzielle Liquidität der ortsansässigen Unternehmen kann zu stabilen Arbeitsplätzen und neuen, verbesserten Produkten oder Dienstleistungen führen. So machen sie ihre Region teilweise unabhängig von Weltwirtschaftskrisen. Dazu können sie identitätsstiftend wirken, indem sie Vereine, Verbände und kulturelle, traditionelle Angebote und Veranstaltungen in der Region fördern. Seitdem mehr Geld in urbanen Gebieten verdient werden kann, dünnen ländliche Regionen aus. Was liegt näher, als das verdiente Geld auch gleich in der Stadt wieder auszugeben? Hier können regionale Währungen einen Richtungswechsel einleiten. Die größere – nicht nur räumliche – Nähe von ProduzentInnen und KonsumentInnen schafft engere Verbindungen.

### SchülerInnen starten den Chiemgauer

Der Chiemgauer ist die erfolgreichste Regionalwährung Deutschlands. Die Präambel des Chiemgauer e.V. orientiert sich an der Freude jeder und jedes Beteiligten die regionale Wirtschaft kreativ zu gestalten. Die Werte der Freiheit, Gleichheit, Demokratie und Geschwisterlichkeit sollen die Begleiterinnen jeder Entscheidung sein.

Im Jahre 2002 gründeten sechs SchülerInnen der Waldorfschule Prien zusammen mit ihrem Wirtschaftskundelehrer Christian Gelleri das Chiemgauer Projekt. Im Januar 2003 wurden die ersten 2000 Chiemgauer (CHM) ausgegeben. Anfangs startete das Projekt mit nur 20 Akzeptanzstellen. Diese Einführung entwickelte sich zum Erfolg und im Juni 2003 wurde der Chiemgauer e.V. gegründet. Im Jahr 2013 akzeptieren mehr als 630 Unternehmen und Dienstleistungsunternehmen in sechs Gemeinden die Bezahlung mittels CHM. Mehr als 3000

Mitglieder zählt der Verein 2015 und 840.000 CHM sind im Umlauf. Anfangs sind 100 Prozent der CHM in Euros zurückgetauscht worden, 2014 nur noch 25 Prozent. Der Chiemgauer-Gutschein wurde im Jahr 2010 auf zwei Haltbarkeitsjahre verlängert. Auf dem Schein sind für die acht Quartale Markenfelder aufgedruckt, auf sieben Felder müssen im Laufe der Zeit Entwertungsmarken geklebt werden. Im Quartalsfeld steht, ab wann verlängert werden darf. Ein CHM hat alle drei Monate einen Wertverlust um zwei Prozent. Das Umtauschverhältnis von CHM zu Euro beträgt 1:1. Die Möglichkeit zum Rücktausch besteht jederzeit, allerdings muss eine Gebühr von fünf Prozent abgeführt werden. Von der Umtauschgebühr werden drei Prozent an gemeinnützige, regionale Projekte und Vereine gespendet. Das soll die regionale Vielfalt an Freizeit-, Kultur- und Bildungsangeboten fördern. Die regionalen Unternehmen können über den Chiemgauer e.V. neue KundenInnen gewinnen und binden. Ihr Vorteil ist es, dass sie die Umtauschgebühr als Werbungskosten verbuchen.

### Regionales Geld hat entscheidende Vorteile

Ein Vorteil für die VerbraucherInnen ist, dass regionaler Konsum die Gewerbe vor Ort fördert und Arbeitsplätze und Angebotsvielfalt in der Region erhalten bleiben. Zudem veranstalteten mehrere Regionalwährungen wie der Volmetaler, der Amper Taler und der Star e.V. mehrmals im Jahr Tombolas, die beispielsweise pro eingetauschte 10 Euro ein Los ausgeben. Die Preise werden durch Mitgliedsunternehmen der Vereine gestiftet. Zusätzlich bieten zeit- und geldgedeckte Systeme wie die Dessauer Mark den VerbraucherInnen, die Umlaufmittel



*Chiemgauer sind die erfolgreichste Regionalwährung bundesweit*





Foto: marctwojpr/eio.de

## Gutscheine statt Geld

Vertreter/innen der **Freiwirtschaftstheorie** kritisieren, dass Geld keinen natürlichen Vergleich zu Tauschmitteln bietet. Waren sind vergänglich, sie altern, zerbrechen, verfaulen oder werden von Schädlingen befallen. Geld hingegen lässt sich zurückhalten – Verhandlungen können also so lange hinaus gezögert werden, bis die Preise im Sinne des Geldbesitzers liegen. Geld hat einen Liquiditätsvorteil und niedrigere Lagerkosten als Waren. Deshalb soll eine **Umlaufsicherungsgebühr** gewährleisten, dass Geld der natürlichen Beschaffenheit von Waren wieder ähnelt und regelmäßig an Wert verliert. Bei gleichbleibender Menge führt stetig umlaufendes Geld zu einem stabilen Preisniveau und zu einer höheren Planungssicherheit.

In Deutschland ist es verboten Geld-Derivate als Euro-Ersatz in Umlauf zu bringen. Regionalwährungen allerdings komplementieren den Euro und ersetzen ihn nicht. Damit sich Vereine in einem legalen Rahmen bewegen, dürfen die **Regionalgeld-Gutscheine** nicht mit Banknoten verwechselt werden können und müssen das Wort „Gutschein“ tragen. Ihre Gültigkeit muss zudem persönlich, räumlich und zeitlich begrenzt sein. Regionalwährungen sollten nicht mehr als 30 % des Bruttosozialproduktes einer Region ausmachen. Meistens werden die emittierten Regionalgutscheine in einem Verhältnis von 1:1 gegen den Euro eingetauscht. Die eingetauschten Euros werden für die Wertdeckung bei einem Kreditinstitut eingezahlt und können bei Vorlage der Gutscheine zurückgetauscht werden. Ist der Bestand der zurückgelegten Euros stabil genug, kann das Geld zu weiteren Zwecken verwendet werden, wie z.B. für Mikrokredite. Sollte der Euro nach einer Weltwirtschaftskrise keinen Wert mehr haben, muss nicht automatisch auch die Regionalwährung wertlos sein. Falls es in der Satzung geregelt ist, kann durch einen Mehrheitsbeschluss ein sinnvollerer Wertmaßstab gewählt werden, wie z.B. eine durchschnittliche Arbeitsstunde, ein Kubikmeter Wasser, eine Stunde Solarstrom oder ähnliches.

durch einen Zeit- bzw. Arbeitseinsatz zu erhalten. Dies stärkt besonders die Kaufkraft von Menschen mit niedrigem Einkommen.

Auch die Unternehmen profitieren vom regionalen Geld, denn sie können neue KäuferInnenschichten ansprechen. Regionalwährungen sind zielgruppengerechter steuerbar und flexibler einsetzbar. Dem Unternehmen obliegt z. B., ob es nur an bestimmten Wochentagen oder zu besonderen Geschäftszeiten die Regionalwährung entgegen nimmt.

Die Unternehmen haben die Möglichkeit, das Regionalgeld an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Gehalt oder Prämien auszuzahlen oder es bei Geschäften mit anderen beteiligten Unternehmen als Zahlungsmittel einzusetzen. Dadurch werden Konkurrenzunternehmen, die sich nicht an der Regionalwährung beteiligen, schlechter gestellt. Allerdings würde der Verzicht auf große überregionale Absatzmärkte die überregionalen Handelspartner und letztlich die Region in ihrem Wachstum und der Weiterentwicklung stören. Damit ein real gesamtwirtschaftlicher Effekt ermittelt werden kann, müssen die Umsatzsteigerungen der beteiligten Unternehmen mit den unbekannten Umsatzverlusten der nicht beteiligten Unternehmen verrechnet werden.

Regionalwährungsvereine erhoffen sich außerdem, dass die Unternehmen untereinander neue Bezugsquellen finden. Auch das umweltgerechte Wirtschaften durch die Vermeidung von langen Transportwegen und die Kostenentlastung bei der Beschaffung setzen durchaus positive Anreize.

## Zum Beispiel: Schlaglöcher zu verkaufen

Höhere Umsätze in den Unternehmen erhöhen die Einnahmen der kommunalen Haushalte, so dass mehr Mittel für eine verbesserte Infrastruktur vor Ort zur Verfügung stehen. In Kombination machen diese Maßnahmen die Gemeinde attraktiver und wirken einer Abwanderung entgegen. Aber auch andere pfiffige Einfälle können rein regional eine Verbesserung erwirken: In Thüringen kam der Bürgermeister des Dorfes Niederrimmern auf die Idee, Schlaglöcher für 50 Euro zu verkaufen. Eine Gravur mit dem Namen des Käufers oder der Käuferin soll ihn/sie im Teer verewigen. Über diese Aktion wurde in vielen Medien berichtet.

Gemeinnützige Vereine, Einrichtungen oder aktuelle Projekte sollen durch die Regionalgelder zusätzlich gefördert werden. Mit dem Tausch von Euros in Regionalgeld gehen drei Prozent der abgeführten Euros an diese Einrichtungen. Beim Chiemgauer bekommt ein Verein drei Prozent in Regionalgutscheinen ausgezahlt. Für die Auszahlung in Euro gibt es nur zwei Prozent. Welcher Verein oder welches Projekt begünstigt wird, können in der Regel die Vereinsmitglieder entscheiden. Meistens stehen nur solche zur Auswahl, die PartnerInnen oder Fördermitglieder der Regionalwährung sind.

## Welche Währungen gibt es noch?

Ein Beispiel für die Wirkung einer Komplementärwährung ist in der brasilianischen Millionenstadt Curitiba zu finden. Im Jahr 1971 ließ der Bürgermeister Lerner ein nachhaltiges Komple-



mentärsystem erstellen, um die großen Mengen von nicht entsorgtem Müll in der Stadt zu minimieren. Der Bürgermeister ließ Container für die verschiedenen Wertstoffe aufstellen. Für jeden vorsortierten Müllbeutel gab es eine Busfahrkarte und später auch Lebensmittel umsonst. Schulen, die eine Mülltrennung durchführten, erhielten Schulhefte von der Stadt. Die Bustickets wurden zunehmend auch in der Gemeinschaft als Tauschmittel akzeptiert.

### Zeitbank

Zeitvorsorgesysteme, auch Zeitbanken genannt, können eingeführt werden, ohne vorher die Infrastruktur des Wirtschaftssystems zu verändern. Eine berühmte Zeitbank ist das Fureai Kippu System (zu deutsch: Pflege-Ticket-System) in Japan, bei dem die HelferInnen Zeiteinheiten gutgeschrieben bekommen. Dadurch erhalten RentnerInnen eine qualitativ hochwertige Alterspflege. Die jungen Menschen können ihre Gutschriften einlösen, wenn sie selber erkranken oder ihren pflegebedürftigen Eltern gutschreiben.

### Gesundheitswährungen

Eine Gesundheitswährung kann z.B. Vorsorgeuntersuchungen oder gymnastische Übungen belohnen. Die dadurch erhaltenen Gesundheitsboni können dabei u.a. für eine Senkung

der Versicherungsprämie, eine Erweiterung des Versicherungsschutzes sowie zum Einkaufen im regionalen Gesundheitsmarkt verwendet werden. Sie lassen sich ansparen oder an Dritte überschreiben.

Auch das Bonussystem vieler Krankenkassen kann als Alternativwährung angesehen werden. Für den Nachweis von der Gesundheit förderlichem Verhalten wie Krebsvorsorgeuntersuchungen, die Mitgliedschaft in einem Sportverein oder die Teilnahme an einem Rauchentwöhnungsprogramm werden Punkte gutgeschrieben, die für eine Erweiterung des Versicherungsschutzes oder zum Einkaufen im Gesundheitsshop der Krankenkasse verwendet werden können. Auch eine Barauszahlung ist möglich.

### Bildungswährungen

Sie setzen Anreize für eine höhere Wertschöpfung von Wissen. Ein vorgeschlagenes Konzept heißt „Saber“ (zu deutsch: Wissen) und soll in Brasilien ausprobiert werden. Der Saber steht in einem Austauschverhältnis von 1:1 zur Landeswährung. Dem Bildungsministerium obliegt die Ausgabe der Saber-Gutscheine an Schulen in strukturschwachen Gebieten. Die Ausgabe der Gutscheine erfolgt an die jüngsten SchülerInnen, die z.B. ihre Nachhilfestunden innerhalb der Schülerschaft mit Saber bezahlen können. Ein Saber-Gutschein verliert nach einem Jahr und vier Monaten um 20 Prozent an Wert. Im Schnitt

*Alternative Währung in Curitiba, Brasilien: Für vorsortierten Müll gab es eine Buskarte und später auch kostenlose Lebensmittel*







Foto: twinlilipixelio.de

*Ob Gymnastik oder Nikotinentwöhnung – das Bonussystem der Krankenkassen gilt als Gesundheitswährung*

wird er in dieser Periode fünfmal weitergegeben. Die SchulabgängerInnen können die Gebühren des ersten Studienjahres mit Saber-Gutscheinen bei den teilnehmenden Hochschulen bezahlen, die die Saber wieder in die Landeswährung Real umtauschen können.

### Energiewährungen

Diese sollen einen schnellen Strukturwandel im Energiebereich fördern. Im Jahr 2009 wurde eine Studie veröffentlicht, die Emissionsrechte als Parallelwährung verwendet. Jeder Mensch soll von Geburt an ein garantiertes, gesetzliches Teileigentum an der Atmosphäre bekommen. Ist der CO<sub>2</sub>- Ausstoß des Eigentümers gering, kann er die ungenutzten Emissionsrechte verkaufen. Das erhöht die Chancengleichheit und setzt positive Anreize zum verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt. Die Nutzungsrechte an der Atmosphäre mit den Emissionszertifikaten ist gesetzlich garantiert, muss aber begrenzt werden. Ziel ist es Treibhausgasemissionen zu reduzieren und Erneuerbare Energie konkurrenzfähiger zu machen.

### Parallelwährungen

Die Parallelwährungen sind bargeldlose Verrechnungssysteme. Sie basieren auf Barter (Tausch)-Systemen oder auf Kreditvergabe, wie beim Schweizer WIR: einem Zusammenschluss

Schweizer Kaufleute, die sich gegenseitig Kredite gewähren. Besonders die kleinen und mittleren Unternehmen profitieren in einer Krisenzeit vom WIR. Das bargeldlose Verrechnungssystem arbeitet mit Produkten, Waren und Rohstoffen und steht in einem Umtauschverhältnis von 1:1 zum Schweizer Franken.

### Langsamer fahren mit regionalem Geld

Regionalwährungen können als Instrument dienen, um einen anderen Umgang mit Geld zu pflegen. Ein Wirtschaftssystem mit umlaufgesicherter Währung bestraft die Geldhortung und leitet eine Vermögensrückverteilung ein. Regionales Geld kann neue Anreize im Denken des Menschen, in seinem Wirtschaften und in seinem Bezug zur Natur setzen.

Es ist also möglich, langsamer zu „fahren“ oder zu wachsen. Eine Senkung des Zinses, z.B. durch eine Umlaufsicherungsgebühr, ist möglich und könnte sich positiv auf Preise oder nachhaltige Investitionsneigungen auswirken. Das Konzept des Regionalgelds stellt die Weichen dafür. Regionalwährungen erproben einen alternativen Wirtschaftsmotor, bislang dürfen sie aber den laufenden Motor aus juristischen Gründen nicht ersetzen. Deshalb können sie nicht vor zukünftigen Krisen schützen, aber ihre Erfahrungen helfen, Entwicklungen in der Zeit nach der Krise anzustoßen. Trotz einiger Unzulänglichkeiten können Regionalwährungen und die Umlaufsicherungsgebühr viel versprechende Alternativen zum derzeitigen System bieten.

In ganz Deutschland Regionalwährungen einzuführen ist zur Zeit weder realistisch noch vorteilhaft. Allerdings besteht Forschungsbedarf, wie sich ein duales oder ein umlaufgesichertes Währungssystem in Deutschland auswirken würde.


*Anna Schütze hat ihre Bachelorarbeit über Regionalwährungen geschrieben. Ein ausführliches Literaturverzeichnis zum Thema finden Sie online*

**Anna Schütze, Weimar, hat in der ROBIN WOOD Geschäftsstelle ihr Praxissemester absolviert**  
[anna.schuetze@mailbox.tu-dresden.de](mailto:anna.schuetze@mailbox.tu-dresden.de)

### Quellen

- Chiemgauer e. V. (2015a), *Historie des Chiemgauer e.V.*, <http://www.chiemgauer.info/ueber-uns/chiemgauer-e-v/>, 28.2.2015
- Eisenstein, C. (2013), *Ökonomie der Verbundenheit wie das Geld die Welt an den Abgrund führte - und sie dennoch jetzt retten kann*, Scorpio Verlag, Berlin
- Kennedy, M. (2011), *Occupy Money: Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind*, Kamphausen, Bielefeld
- Preissing, S. (2009), *Tauschen - Schenken - Geld?: Ökonomische und gesellschaftliche Gegenentwürfe*, Reimer, Berlin
- Rösl, G. (2006), *Regionalwährungen in Deutschland - Lokale Konkurrenz für den Euro?*, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main
- Sademach, M. (2012), *Regionalwährungen in Deutschland: Strategie, Hintergrund und rechtliche Bewertung*, Nomos, Baden Baden





Ich will  
nicht mit  
unsauberen  
Mitteln  
waschen

In vielen Reinigungsmitteln steckt Palmöl, für dessen Anbau Regenwälder gerodet werden. Wir machen den Konzernen Druck, damit Sie eine weiße Weste haben. Unterstützen Sie uns! Spenden Sie jetzt: [robinwood.de/spenden](https://robinwood.de/spenden)

**ROBIN WOOD**





# „WASSERLEBEN“

Unter diesem Motto fand die interaktive Publikumsschau zum Thema Wasser im März während der Internationalen Wassermesse in Berlin statt. Die Naturschutzjugend Potsdam (NAJU) und ROBIN WOOD zeigten dabei gemeinsam, wie nötig Wasser für die Natur ist und was Wasser mit unserem Papierkonsum zu tun hat.

Die rasanten Waldverluste und der damit einhergehende, spürbare Klimawandel schreiten voran. Allein in Deutschland werden jährlich 20 Millionen Tonnen Papier verbraucht und damit auch eine Menge Wasser. Etwa die Hälfte des Papiers besteht aus Faserstoffen, die aus Holz gewonnen werden. Der Vergleich des Wasserverbrauchs für drei Blätter Schreibpapier – Altpapier 315 ml und Papier aus Primärfasern 780 ml – führte einhellig zu dem Entschluss, in Zukunft Recyclingpapier benutzen zu wollen. Wie Papierfasern aufbereitet werden und wie sie sich im Wasser anfühlen, konnten BesucherInnen selbst ausprobieren. Sie schöpften auf dieselbe Weise Papier, wie die Chinesen es vor über 2000 Jahren erfanden. War ein Blatt nicht gelungen, so wurde daraus gleich ein neues geschöpft. Genauso wie in der Papierfabrik: Denn dort kann eine Altpapierfaser bis zu 6-mal recycelt werden. Derzeit geschieht das jedoch

*So viel Papier verschwenden wir?*



Foto: A. Krumm/ROBIN WOOD

nur bis zu 3-mal. Über den gestalteten Papierberg von 247 kg für eine Person pro Jahr waren viele erstaunt und selbst die jüngsten BesucherInnen überlegten gleich, wo sich im Alltag der enorme Papierverbrauch verringern lässt: Seite voll schreiben, Wischlappen statt Küchenrolle benutzen, wurde spontan gerufen. Schon die Kinder wissen eines ganz genau: Waldverlust bedeutet Lebensraumverlust. Heute sind aus diesem Grund viele Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht. Und klar ist ihnen auch, dass sich der Mensch durch den ungebremsten Raubbau an der Natur immer mehr die Lebensgrundlage entzieht.

Bei der NAJU gab es das Maskottchen zu entdecken und was sich hinter dem Projekt „Erlebter Frühling“ verbirgt. Über die Frühlingsboten dieses Jahres war zum Beispiel zu erfahren, was die Bänderschnecke mit dem Glühwürmchen zu tun hat, dass eine Zwergfledermaus in eine Streichholzschachtel passt, warum die Salweide so wichtig für die ersten Insekten ist, die aus ihren Winterquartieren kommen, und warum der Habicht gefährdet ist.

Auch in diesem Bereich war der ungeheure Wissensdrang der TeilnehmerInnen unerschöpflich. Was jedoch am besten vor allem bei den jüngeren BesucherInnen ankam, war das Glücksradspiel. Die Kinder drehten voller Eifer das runde Rad und beobachteten, wie die Nadel auf einem der zahlreichen bunten Aktionsbilder zu unserem Maskottchen „Rudi Rotbein“ (Storch) stehen blieb. Die erwartungsvollen Augen anschließend auf den Spielleiter gerichtet, der aus voller Kraft eine dazugehörige Frage an den Spieler richtete. Nun musste nur noch die spannende Frage zum Leben



Foto: Paul Hefner/NAJU

*Drehen, Frage beantworten, gewinnen: das Glücksrad war sehr beliebt*

der Störche richtig beantwortet werden. Die SiegerInnen erhielten einen kleinen Preis. VerliererInnen gab es trotzdem nicht, denn alle anderen bekamen Trostpreise und JedeR hat etwas dazu gelernt.

*Nadine Hofmeister, NAJU  
Angelika Krumm, ROBIN WOOD*

## Wettbewerb Erlebter Frühling

Am Wettbewerb der NAJU können Kinder bis zu 12 Jahre teilnehmen. Sie sind aufgefordert, vor der eigenen Haustür die Frühlingsboten im Jahr 2015 zu entdecken. Die Wettbewerbsbeiträge als Zeichnungen, Geschichten, ForscherInnentagebücher, gebastelte und multimediale Beiträge können bis zum 15. Juni 2015 eingereicht werden. Die NAJU stellt ein Aktionspaket zur Verfügung. Weitere Informationen unter: [www.erlebter-fruehling.de](http://www.erlebter-fruehling.de)

## Ausstellung: Papier – weniger ist mehr

Die Ausstellung war schon quer durch Deutschland unterwegs. Sie informiert auf sechs selbststehenden Roll-ups über die Auswirkungen des weltweit stetig wachsenden Papierverbrauchs. Die Tafeln zeigen die dunklen Seiten des weißen Papiers und machen Alternativen deutlich. Das Ausleihen der Ausstellung ist gratis. Weitere Informationen unter [www.robinwood.de/Material.357.0.html](http://www.robinwood.de/Material.357.0.html) oder bei Angelika Krumm, E-Mail: [papier@robinwood.de](mailto:papier@robinwood.de), Tel.: 03332 252010



Nummer 125/2.15

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz  
und Ökologie

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Aljoscha Born, Sabine Genz, Angelika  
Krumm, Annette Littmeier, Christian Offer,  
Regine Richter, Dr. Christiane Weitzel  
(V.i.S.d.P.). Verantwortlich für Layout, Satz,  
Fotos und Anzeigen ist die Redaktion.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin  
Langemarkstr. 210, 28199 Bremen  
Tel.: 0421 59828-90, Fax: -72  
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand  
Zu beziehen: ROBIN WOOD e.V.  
Geschäftsstelle, Postfach 10 21 22  
28021 Bremen

Tel.: 0421 59828-8, Fax: -72

info@robinwood.de

www.robinwood.de

Der Bezug des Magazins ist im Mitglieds-  
beitrag enthalten. FörderInnen, die mehr  
als 50 € jährlich spenden, erhalten ein  
kostenloses Jahresabo.

Gesamtherstellung:

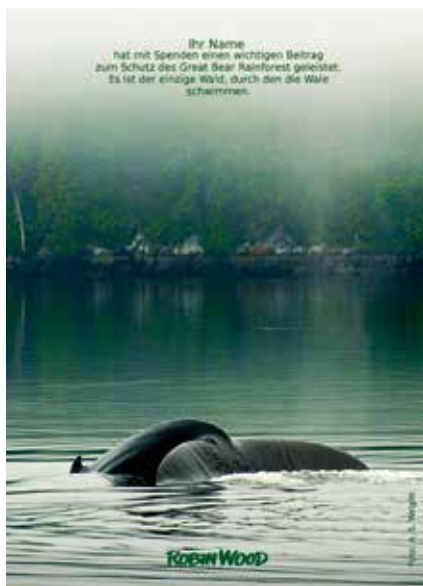
Nordbayerischer Kurier, Bogenoffsetdruck,  
Auflage: 8.000. Das ROBIN WOOD-  
Magazin wird gedruckt mit mineralöl-  
freien Farben auf 100 % Recyclingpapier  
mit dem Blauen Engel.

Titelbild:

Idee: Lübke Liceni Claassen Ecker  
www.ilce-design.com

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V.  
Sozialbank Hannover  
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00  
BIC: BFS WDE 33 HAN



## Was bin ich wert?

Der Film „Was bin ich wert?“ entführt uns in eine Welt, in der Menschen auf Euro und Cent durchkalkuliert werden. Das ist keine Utopie, sondern längst traurige Realität! Experten in aller Welt behaupten, den Geldwert eines Menschen genau bestimmen zu können. Sie rechnen im Namen ihres Staates, für Versicherungen, Gesundheitsbehörden, das Militär oder ihren eigenen Profit. Der mit schwarzem Humor durchzogene Film ist ein Roadtrip zu den Meistern der Berechnungskünste in sechs verschiedenen Ländern mit den seltsamsten und kühnsten Kalkulationsmodellen. Ein Dokumentarfilm von Peter Scharf nach dem vieldiskutierten Erfolgsbuch von Jörn Klare ist voller berührender Begegnungen. DRadio Kultur meint, „die Grenze des guten Geschmacks ist schnell überschritten, wenn es um den Geldwert eines Menschen geht. Wir werden alle längst von Arbeitgebern, Versicherungen und anderen Institutionen bewertet. „Was bin ich wert“ findet für die erschreckenden Erkenntnisse gute Bilder und interessante Gesprächspartner.“



*Was bin ich wert?*  
Dokumentarfilm, 2014  
Regie und Buch: Peter  
Scharf, nach einer Idee von  
Jörn Klare  
Originalversion mit deut-  
schen Untertiteln  
98 Minuten  
DVD: W-film Distribution

## Verlosung! Machen Sie mit!

Dieses Mal heißt es wieder schnell sein: Wir haben drei DVDs „Was bin ich wert?“ zu vergeben. Schicken Sie uns bitte möglichst bald eine E-Mail oder Postkarte oder rufen Sie uns an: ROBIN WOOD-Magazin, Langemarkstr. 210, 28199 Bremen, Tel.: 0421 598288, E-Mail: magazin@robinwood.de. Die DVDs bekommen die drei Interessierten, die sich am schnellsten bei uns melden. Viel Glück!

Ein Dank an alle, die unsere Arbeit unterstützen

## Ihre persönliche Spendenurkunde!

Ein Dank an alle, die unsere Arbeit unterstützen: Die Umweltschutzarbeit von ROBIN WOOD wird fast ausschließlich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert. Damit sind unsere FörderInnen ein ganz wichtiger Bestandteil des Vereins, und dafür geben wir Ihnen gerne etwas zurück: natürlich vor allem unseren Einsatz, mit unseren Aktionen ein Stück Welt zu retten. Gerne schicken wir unseren FörderInnen als Beleg dafür unser digitales Bilderbuch zu! Und ab 20 Euro Spende sind auch Spendenurkunden erhältlich: Fünf schöne Motive stehen zur Auswahl, und aufgedruckt wird der Name Ihrer Wahl! Auf unserer neuen Spendenseite können Sie die Urkunde auswählen und



Ihren Wunschnamen eintragen – es kann der eigene sein oder auch der von einem lieben Menschen, den Sie beschenken möchten. Probieren Sie jetzt unsere Spendenseite aus: [robinwood.de/spenden](http://robinwood.de/spenden) (die Seite läuft über eine gesicherte Verbindung) oder teilen Sie uns Ihre Urkunden-Wünsche auch gerne telefonisch mit an Ute Greiser, Tel.: 0421 59828-92. Herzlichen Dank!



# Aktueller digitaler Bildband von ROBIN WOOD: Jetzt bestellen!



13 Jahre im dritten Jahrtausend  
Das Bilderbuch für Förderinnen und Förderer von  
**ROBIN WOOD**

Das aktuelle digitale Bilderbuch liegt für Sie bereit!  
Nutzen Sie den Bestellschein am Ende dieses Magazins  
Oder melden Sie sich einfach bei uns : 0421 598288, [info@robinwood.de](mailto:info@robinwood.de)



# Sind wir die Windradlobby?

## Sturzflug in die Klimakrise?

Ein Flugzeug wird mit höchstem Energieaufwand in die Luft katapultiert, ist der größte Klimakiller, zahlt noch nicht einmal Steuern und wird sogar subventioniert.

Ein Wahnsinn, der seinesgleichen sucht. Die Eisenbahn, das umweltfreundlichste Verkehrsmittel, muss für jeden gefahrenen Kilometer 4,- bis 10,- Euro Streckengeld zahlen. Auch das Auto zahlt. Die Bevorzugung des Flugzeugs ist nicht zu begreifen. Das Gegenteil wäre richtig. Das Flugzeug müsste einen Umwelt-Maluszuschlag zahlen.

Alles redet von Erderwärmung und Klimawandel. Auswirkungen haben wir gerade jetzt in schrecklicher Weise im Pazifik erfahren. Aber wer denkt daran, diesen größten Klimakiller zu beschränken und anderen Verkehrsträgern gleichzusetzen? Selbstverständlich müsste die ganze Welt mitziehen. Aber gerade die Staaten, die es am meisten trifft, sträuben sich am meisten und sind sogar die stärksten Preistreiber.

**Immerhin:** ROBIN WOOD setzt sich für ein Umdenken mit gezielten Forderungen ein: Flüge unter 1000 km auf die Schiene verlagern, Flughafenkapazitäten begrenzen, Luftverkehrssteuer ausweiten und Kerosinsteuer einführen, weltweit. Leider jedoch mit wenig Erfolg. 2014 stieg die Zahl der Fluggäste erneut und für 2015 sind sogar Preissenkungen bis zu 38 % angekündigt. Grund ist u. a. der zunehmende Konkurrenzdruck unter den Airlines.

Edelhard Amenda

### Anmerkung zur Sache

*Gemeinsam haben wir dazu beigetragen, dass die Luftverkehrssteuer erhalten bleibt, und wir bleiben dran: Bahn für Alle!*

## Schokoladen-Propaganda

Hallo Rowo-Magazin-Leute, wir wollen uns mal kritisch bei euch melden. Ein WG-Mitglied bekommt die Rowo-Zeitung und manches darin ist für uns auch mal neu. **Aufreger** sind aber die „Erneuerbaren Energien“, zu denen stehen wir genauso wie der Mensch, der den Leserbrief aus der aktuellen Ausgabe verfasste. Da schütteln wir auch den Kopf, ob der Teilung in Natur- und Klimaschutz. Warum stellt ihr nicht mal Leute/ Konzepte vor, die den Stromverbrauch minimieren? Dann würdet ihr auch nicht als **Windradlobby** bezeichnet werden.

Der zweite Grund für „och nee!“ bei uns ist eure Schokoladen-Propaganda. In einer der letzten Ausgaben war ein Rezept für eine Dattel-Schokoladen-Süßigkeit („voll gut für Mensch und Natur“, weil: ohne Palmöl), diesmal das Bild eines kostümierten Kindes, dazu der Text: „Ich lass mir meine Schokocreme nicht vom Brot nehmen“ Transportkosten, Artenverschleppung (Neobiota), globale Abhängigkeiten ... abgesehen davon, dass das alles für ein Luxusprodukt betrieben wird, sind Schokoladenbrote nicht gesund.

S. 32: „Wir sind sicher, dass die Macht des Einkaufswagens (...) nun noch einmal gewachsen ist.“ Angesichts des global vernetzten Systems der Profitmaximierung geht die Macht des Endverbrauchers gegen Null. **Es geht nicht darum, WAS wir kaufen, sondern darum, DAS wir kaufen.** Denn das „Bedürfnis“ nach Schokobrot am Morgen ist doch von der Werbe- und Verkaufsmaschinerie in die Köpfe gesetzt worden. Sich von dieser Manipulation befreien, hat eher was mit der „Macht des Endverbrauchers“ zu tun – eine Absage ans Konsumieren und ein Bemühen um die Befriedigung von natürlichen Bedürfnissen auf natürliche Weise (z.B. menschliche Nähe statt Süßigkeiten).

Grüße, Eleonora und Armando

## Haut der Erde

Liebe Christiane Weitzel.

Ich möchte Ihnen zurück melden, dass mir das letzte RW Magazin ausgesprochen gut gefallen hat. Insbesondere der Titel (Haut der Erde) war sehr informativ. Danke!

Herzliche Grüße  
Dolf Mehring

## Geheimhaltung

Lieber Florian, sicherlich habt ihr die HÖRZU vom 13.2. gesehen, mit den 131 Kernreaktoren der EU auf S. 26-27. Ich war entsetzt: Wie wenig davon mir „vertraut“ war! Die sind gut geheimgehalten worden. Wo soll deren Endlagerung erfolgen???

Herzlichst grüßt Dich, Christiane, und Angelika Euer Sympathisant  
Wolfgang Kundt

## Fracking in Deutschland

Durch Euren Artikel und die vor kurzem von der Bundesregierung getroffene Entscheidung, der kommerziellen Gasfördermethode „Fracking“ den Weg zu ebnen, sehe ich mich in **meinen schlimmsten Befürchtungen** bestätigt.

Angesichts wachsenden Widerstandes gegen das sog. „Fracking“ ist damit zu rechnen, dass die verantwortlichen Firmen nach Kräften versuchen werden, mit einer Verharmlosungsstrategie die Akzeptanz für ihre brachialen Fördermethoden zu steigern! Nicht auszuschließen ist, dass so etwas mit Hilfe industriehörriger Politiker gelingen könnte! Warum wohl haben CDU und FDP im Wirtschaftsausschuss einen Antrag von NRW für höhere Umweltstandards abgelehnt? Wenn man weiß, welche Machtfülle die Industrilobby



innehat, muss man jederzeit auf das Schlimmste gefasst sein. Wo immer es um **wirtschaftliche Interessen** geht, die allein den schnellen Profit im Auge haben, besteht permanent die Gefahr, dass Politiker der Versuchung erliegen, auf die Wünsche der Industrie einzugehen. Nicht zuletzt, weil sie selber einen Nutzen daraus ziehen! Und falls man mit den herkömmlichen Methoden nicht weiterkommt, „erkauft“ man sich halt die Genehmigung!

So braucht sich doch niemand zu wundern, dass viele unserer **Volksvertreter** hoch dotierte Posten in der Wirtschaft bekleiden. Diese Feststellung gilt allgemein. Die Industrie lässt nichts unversucht und erhält den Druck auf die Politik so lange aufrecht, bis ihre Bemühungen erfolgreich sind! Schwerwiegende ökologische und gesundheitliche Bedenken seitens der Bürger gegen kapitalintensive Großprojekte, die Mensch und Umwelt nachhaltig schädigen, waren für die Wirtschaftslobby noch nie ein Grund, von ihren ehrgeizigen Vorhaben Abstand zu nehmen.

Um den **Einfluss der Lobby** zurückzudrängen, müsste das sehr antiquierte und industriefreundliche Bergrecht reformiert werden, das solche Großprojekte möglich macht. Man erinnere sich noch

an die Zeit, als durch dieses Bundesrecht der Braunkohletagebau „Garzweiler II“ genehmigt und schließlich durchgesetzt wurde!

Noch so strenge Umweltauflagen (wie sollen die denn aussehen?) können nichts an den verheerenden Konsequenzen ändern, die mit den unseligen Erdgasbohrungen verbunden sind! Erfreulich ist, dass sich die Bürger hierzulande so zahlreich gegen Fracking engagieren. Deren Protest macht Mut und berechtigt zur Zuversicht! Was diese Technik bisher schon in den USA angerichtet hat, sollte den Verantwortlichen bei uns eine Warnung sein, es „Wintershall“, „BNK“ & Co. auf keinen Fall zu gestatten, nun auch Deutschland zum Experimentierfeld für deren Ausbeutungspraktiken zu missbrauchen. Waldsterben, **tote Kühe**, gigantischer Flächenverbrauch, vergiftetes Trinkwasser, Freisetzung von klimaschädlichem Kohlendioxid u.v.m. sprechen eine deutliche Sprache!

Nun hat Umweltministerin Hendricks, wenn auch mit Bauchschmerzen, dem Druck der Wirtschaft und ihr nahestehenden Politikern aus der Union und der Gewerkschaft IG BCE nachgegeben und dieser hochumstrittenen Technologie eine Perspektive eröffnet. Hier zeigt sich einmal wieder, dass bei sämtlichen ökologisch relevanten Planungen, also dort, wo die Industrie in das empfindliche Naturgefüge eingreift, stets der nutzungsorientierte Lobbyismus die Fäden zieht und das von Barbara Hendricks geführte Ministerium einmal mehr seinem (schlechten) Ruf als Konkursverwalter gerecht wird!

So genannte **Probebohrungen**, die veranlasst werden, weil man die Folgen von Fracking bisher nicht abschätzen kann, sollen m.E. nichts anderes bezwecken, als dieser Technologie den Weg zu bereiten und schließlich den Durchbruch zu erzielen! Wie diese Probebohrungen im Hinblick auf ihre Umweltverträglichkeit zu beurteilen sind, wird Sache einer **Expertenkommission** sein. Nur stellt sich auch hier die berechnete Frage: Wer ist diese Kommission? Aus welchen Leuten rekrutiert sie sich? Sind deren Mitglieder wirklich unabhängig oder

doch von der Wirtschaft beeinflusst? Das wird man sehen.

Die Tatsache, dass – im Unterschied zu Frankreich – kein verantwortlicher Politiker hierzulande ein völliges Verbot des Frackings auch nur in Erwägung gezogen hat, beweist eindeutig, wie sehr sich die Politik dem **Absolutheitsanspruch** der Industrie, der sich mittlerweile auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erstreckt, unterworfen hat!

Karl-Josef Knoppik

## Bäume: Opfer des Baubooms

Sehr geehrte Frau Weitzel, sehr geehrter Herr Dr. Fenner, in Saarbrücken-Bübingen wird schon jahrelang der **Naturschutz mit Füßen getreten**. Seit die Saarstahl AG vor ca. 2 Jahrzehnten mit Wald bestandene Grundstücke an einen Stuckateurmeister aus dem Nachbarort veräußerte, versucht er mit allen Mitteln die Grundstücke mit Hilfe der Stadtverwaltung als Bauland weiter zu verkaufen. Naturschutz ist für diesen Herrn ein nie gehörtes Wort. Als vorläufiger Höhepunkt wurden am 13.03. 2015 sieben teils hundertjährige Eichen unter sehr dubiosen Umständen gefällt. Bereits am 06.03.2014 fiel eine dieser Eichen zusammen mit ebenfalls älteren Robinien der Säge zum Opfer. Die geplante Fällung einer ca. 150 Jahre alten Eiche konnte in letzter Minute verhindert werden.

Aber auch dieser uralte Baum ist in Gefahr für weitere geplante Mehrfamilienhäuser zusammen mit dem ihn umgebenden Bestand geopfert zu werden. Eigentlich sollte das ganze Gebiet 2005 als Teil eines Landschaftsschutzgebiets von der Stadt Saarbrücken ausgewiesen werden. Die Zuständigkeit für die Ausweisung wechselte danach aber von der Stadt zum Land. Dort wurde diese Ausweisung nicht fortgeführt. Mit der Folge, dass der Eigentümer, der sich schon in der Vergangenheit durch häufige **illegale Fällungen von sehr alten Eichen** und Robinien einen unrühmlichen Namen gemacht hat, ab diesem Zeitpunkt mehrmals jährlich auch außerhalb der erlaubten Zeiten die gesamte Fläche von aller nachgewachsenen

Schreiben Sie uns:  
Ihre Kommentare sind  
sehr interessant!

Christiane Weitzel  
magazin@robinwood.de  
Tel.: 0421 5982890





Vegetation „säuberte“. Da er dabei auch immer wieder größere Bäume fällte, verwandelte er den ehemals fast gänzlich bewachsenen Steilhang immer mehr zu einem Kahlschlagareal.

Der **Baumboom** – hier eines privaten Investors – fordert mit Unterstützung der zuständigen Behörden **seinen traurigen Tribut!**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.  
Mit freundlichem Gruß  
Josef Spuhler

## Gras ist das größte Biom!

Liebes Team von Robin Wood, liebe Christiane Weitzel,  
ich habe mich gefreut, dass ihr das UN-Jahr der Böden aufgegriffen habt. Leider aber bleibt Grasland als größtes Biom der globalen Landfläche unerwähnt.

Die Vereinten Nationen haben 2015 zum UN-Jahr der Böden erklärt. Böden – der Plural ist Programm: Die UN wollen weltweit dafür sensibilisieren, dass unterschiedliche Böden auch einer unterschiedlichen Bewirtschaftung bedürfen. Doch der Fokus richtet sich wie immer auf den Ackerbau, obwohl **Grasland weltweit 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche** ausmacht.

Weit mehr Sensibilität ist notwendig, um negative Einflüsse auf das Grasland wie Bodenverdichtung, Über- und Unterbeweidung, Schwund der Biodiversität ebenso zu erkennen, wie ungenutzte Potenziale zu seiner Verbesserung. Weit über die landwirtschaftliche Nutzfläche hinaus ist **Grasland sogar das größte Biom auf der Welt**. Ob extreme Kälte und Hitze sowie Nässe oder Trockenheit – kein Bewuchs kann so flexibel reagieren. Während unser Blick überwiegend für Konkurrenzen geschärft ist, bieten

Kooperationen die entscheidenden Überlebens- und Entwicklungspotenziale: Der Erfolg der lokalen und regionalen Grasgesellschaften liegt quasi in der Teamarbeit ...

Gras wächst oberhalb der Baumgrenze ebenso wie in der Serengeti, es charakterisiert Auenlandschaften ebenso wie den Sahel. Die Wahrnehmung ist aber insbesondere in Trockengebieten oft eine andere; denn dort wird häufig die Lösung für die Überbeweidung im Ausschluss aller Weidetiere gesehen. Temporär trifft das zu, aber auf Dauer braucht das Gras den Graser: Ohne Verbiss verbuschen trockene und verwalden feuchte Böden (Sukzession), denn Weidetiere unterdrücken die Konkurrenten der Gräser, indem sie die Busch- und Baumschösslinge abweiden. **Häufig wird übersehen, dass sich die Gräser nicht gegen Verbiss wehren:** Gräser bilden keine Bitterstoffe, keine Stacheln und keine Toxine gegen Weidetiere. Die negative Konnotation des Begriffes „Verbiss“ passt deshalb nicht zur Co-Evolution von Gras und Grasern. Denn der Verbiss löst einen Wachstumsimpuls bei den Gräsern aus.

Die billigste Energie auf dem Planeten Erde liefert die Sonne ganz ohne Technik: Sonnenenergie ermöglicht den Pflanzen die Photosynthese, die Aufnahme von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre zur Bildung von Biomasse. Deren Zuwachs wird aber häufig nur beim oberirdischen Grün wahrgenommen, obwohl die unterirdischen Wurzeln genauso wichtig sind. Denn sie sind quasi der **Humus von morgen**, wenn Regenwürmer und andere (Mikro-)Organismen im Boden ihre Arbeit gemacht haben.

Deshalb liegt so viel Potenzial darin, immer auch die Wurzeln im Sinn zu haben – bei der Grünlandnutzung generell und

speziell beim Beweidungsmanagement. Insbesondere bei (Sommer-) Trockenheit, aber auch wenn die Tage kürzer werden und die Sonnenstrahlung abnimmt, verlangen wir den Wurzeln viel ab. Denn gerade wenn die Gräser kürzer abgeweidet werden, benötigen sie für das anschließende Wachstum mehr eigene Energie als zum Beispiel in einem feuchten, sonnigen Frühjahr. Deshalb gehört viel Erfahrungswissen dazu, um nicht nur das Gras- sondern auch das Wurzelwachstum „im Blick“ zu haben.

Meist ist das Gegenteil der Fall. Eine gute Grasnarbe – Inbegriff einer geschlossenen Pflanzendecke – schützt vor Erosion. Doch wir muten der Grasnarbe viel zu: Im Frühjahr werden Wiesen und Weiden mit der Begründung „die halten das aus“ befahren. Aber selbst wenn sie dadurch nicht verschlammten, ist die Tiefenwirkung dieselbe, wie bei Ackerböden. Denn keine Grasnarbe schützt vor Bodenverdichtung.

Und das Klima? Mehr und mehr gelangt ins Bewusstsein, dass gerade auch bei der Rinderhaltung ganz entscheidend nach der Art der Fütterung differenziert werden muss: Als die heutigen Kornkammern in der Ukraine, der Prärie oder der Pampa noch beweidet wurden, entzog das Grasland der Atmosphäre weit mehr klimawirksame Gase, als durch das Methan-Rülpfen dorthin zurück gelangten.

Nette Grüße und weiter gutes Gelingen!  
Anita

**Dr. Anita Idel** ist Tierärztin, Mediatorin und Lead-Autorin des Weltagrarberichts. 2013 hat sie den Salus-Medienpreis für ihr Buch „Die Kuh ist kein Klima-Killer – wie die Agrarindustrie die Erde verwüstet und was wir dagegen tun können“ erhalten.







# Moratorium!

## Wir Deutschen

importieren aus keinem Land so viel Holz und Papier wie aus Schweden. Inzwischen gibt es in Schweden kaum noch ursprüngliche und artenreiche Wälder. Und diese letzten wertvollen Wälder werden kahlgeschlagen, wenn wir nicht dagegen protestieren!

Deshalb schreiben wir jetzt dem Minister Sven-Erik Bucht einen deutlichen Protestbrief: Er kann und soll die letzten wertvollen Wälder in Schweden mit einem Moratorium vor der Vernichtung bewahren.

Bitte unterstützen Sie unsere Protestaktion mit Ihrer Unterschrift, mit den Unterschriften Ihrer FreundInnen und Bekannten und mit Ihrer Spende!





## Wollen Sie Wälder schützen?

Mit unserem neuen digitalen Bildband für Interessierte  
können Sie mehr Menschen für unsere Kampagnen begeistern!

**Ich will „13 Jahre im dritten Jahrtausend“!**

Bitte senden Sie mir \_\_\_\_\_ Exemplare

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

ROBIN WOOD e.V.  
Geschäftsstelle  
Postfach 10 21 22  
  
28021 Bremen



# Alter Schwede!

Foto: Frédéric Forsmark

Wir brauchen Ihre Unterstützung, um die letzten artenreichen Wälder zu schützen!

[www.robinwood.de](http://www.robinwood.de)